

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien

6. Sitzung
6. April 2022

Beginn: 09.42 Uhr
Schluss: 12.35 Uhr
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatskanzlei

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Derya Çağlar: Dann kommen wir zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Engagement in der Obdachlosenzählung
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0010](#)
EnBuMe

Hierzu: Anhörung

Wir haben um die Teilnahme der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gebeten. Deswegen nehmen heute dankenswerterweise Herr Christian Schröder und Herr Klaus-Peter Licht teil. Herzlich willkommen! – Als Anzuhörende begrüße ich herzlich Frau Constanze Paust, Leiterin der FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf, und Herrn Bálint Vojtonovszki, Leiter des Projekts „Zeit der Solidarität“ bei Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.

Bevor wir in die Anhörung starten, frage ich die Fraktionen, wer den Besprechungspunkt begründen möchte. – Frau Breitenbach, Sie haben das Wort.

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Die „Nacht der Solidarität“, jetzt die „Zeit der Solidarität“, ist quasi eine Erfindung der Zivilgesellschaft im Nachgang der ersten Strategiekonferenz, und sie hätte auch niemals stattfinden können ohne das Engagement der Berlinerinnen und Berliner, die sich daran beteiligt haben. Die erste „Nacht der Solidarität“ wurde ja noch bei SenIAS vorbereitet durch Herrn Licht und sein Team, die damals Grandioses geleistet haben, und dann an den VSKA, quasi auch an die Zivilgesellschaft, übergeben. Wir konnten jetzt sehen, es geht los, es gibt die ersten Aufrufe, dass sich Menschen wieder als Zähler und Zählerinnen melden sollen. Die Freiwilligenagentur Marzahn-Hellersdorf macht es wieder, sie hat es das letzte Mal schon gemacht. Das war für alle eine sehr gute Erfahrung. Ich habe gesehen, einige hier im Raum haben sich damals an der Zählung beteiligt. Ich hoffe, Sie machen wieder mit. Wir dachten, es passt gut in diesen Ausschuss, denn es hat ganz viel mit Engagement zu tun. Deshalb haben wir Sie eingeladen und hoffen, Sie können uns heute berichten, wie weit Ihre Planungen sind, wie der Stand ist, was sich verändert hat zur ersten Obdachlosenzählung – es war ja tatsächlich damals die erste, und es gab keine Erfahrungen, zumindest nicht in Deutschland, auf die man sich berufen konnte –, was Sie anders machen und welche Unterstützung Sie möglicherweise noch benötigen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Ich nehme an, ein Wortprotokoll der Anhörung wird gewünscht. – Ich sehe Nicken. Dann machen wir das so. Ich möchte noch auf die Tischvorlagen hinweisen. Ich nehme an, jeder hat sie vorliegen, ansonsten gibt es hier vorne noch ein paar Exemplare. Dann können wir auch schon in die Anhörung starten. Sie haben sich abgesprochen, dass Herr Vojtonovszki beginnt. Jeweils fünf Minuten haben Sie beide, sodass wir noch eine Fragerunde und dann vielleicht noch eine Runde machen können, je nachdem. Also die Zeit ist knapp, aber schön, dass Sie da sind! – Sie haben das Wort, Herr Vojtonovszki!


Bálint Vojtonovszki (Leiter des Projekts „Zeit der Solidarität“ beim Verband für sozialkulturelle Arbeit e. V.): Guten Morgen! Vielen Dank für die Einladung! Ich bin Bálint Vojtonovszki, Leiter des Projekts „Zeit der Solidarität“. Entschuldigung für die Heiserkeit meiner Stimme! Wegen des aus meiner Sicht katastrophalen Wahlergebnisses meines Heimatlandes Ungarn vom letzten Wochenende bin ich immer noch ein bisschen unter Schock. Aber steigen wir ein! Ich würde kurz unser Projekt vorstellen und ein Update geben, und danach würde Frau Paust über die Freiwilligenkoordination sprechen.



Projektvorstellung „Zeit der Solidarität“




Das Projekt „Zeit der Solidarität“



Die „Zeit der Solidarität“ basiert auf der **ersten** berlinweiten Erhebung: der **Nacht der Solidarität**. Diese wurde im Januar 2020 von der Berliner Senatsverwaltung (SenIAS) organisiert.

- Das Projekt läuft von August 2021 - Juli 2024.
- Es werden **zwei weitere Erhebungen der Anzahl obdachloser Menschen** in Berlin organisiert.
 - Die **zweite Erhebung** findet am 22. Juni 2022 statt.
 - Die **dritte Erhebung** ist für Januar 2024 geplant.
- Teil der Erhebung ist die **zahlenmäßige Erfassung** und eine **freiwillige, anonyme Befragung** von obdachlosen Menschen.



Projektpartner und Förderung



- Die „Zeit der Solidarität“ wird gemeinsam organisiert von
 - dem **VskA Berlin // Fachverband der Nachbarschaftsarbeit**,
 - der **FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf** und
 - der **Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales**.
- Viele weitere Projektpartner sind berlinweit beteiligt.
- Das Projekt wird von der **LOTTO-Stiftung Berlin (DKLB)** gefördert.



Sinn und Zweck der Erhebungen



- Durch die Erhebungen kann zu einem festgelegten Stichtag die Anzahl sichtbar obdachloser Menschen im öffentlichen Raum erfasst werden. Damit lässt sich über die Zeit eine **Tendenz des Ausmaßes von Obdachlosigkeit** in Berlin feststellen.
- Durch die freiwilligen, anonymen Befragungen können wichtige **Erkenntnisse über die demografischen Hintergründe** dieser Teilgruppe obdachloser Menschen gewonnen werden.
- Die Erhebungen tragen damit zur **Ergänzung der sich im Aufbau befindenden Wohnungsnotfallstatistik** für Berlin bei.

Mit Hilfe der gesammelten Informationen können bessere **Hilfsangebote** geschaffen und politische **Lösungen** zur Bekämpfung von unfreiwilliger Obdachlosigkeit gefunden werden.



Projektvorstellung „Zeit der Solidarität“: Das Projekt wurde, wie Frau Breitenbach gesagt hat, erst von der Senatsverwaltung gestartet. Darüber würde ich jetzt nicht sprechen, da die Vertreterinnen und Vertreter der Senatsverwaltung da sind. Unser Projekt startete im August letzten Jahres und ist für drei Jahre geplant. Während der drei Jahre werden wir zwei Mal die Daten-

erhebung durchführen. Unser erstes Ziel ist, die Datenerhebung so durchzuführen, dass die Datenvergleichbarkeit zwischen der ersten, zweiten und dritten Erhebung gegeben ist.

Die zweite Erhebung findet am 22. Juni dieses Jahres statt. Dafür brauchen wir mehr als 3 000 Freiwillige, um ganz Berlin in einer Nacht abzulaufen. Es ist schon eine große Veränderung in Sicht, indem dieses Mal die Datenerhebung im Sommer stattfindet. Wir arbeiten basierend darauf, was die Senatsverwaltung und die Freiwilligenkoordination bei der ersten Zählung gemacht haben.

Die dritte Erhebung ist für Januar 2024 geplant. Wie bei der ersten Zählung wollen wir eine zahlenmäßige Erfassung und eine freiwillige anonyme Befragung der Menschen, die auf der Straße und in Notübernachtungen leben, durchführen.

Die Projektpartner sind die, die die erste Zählung organisiert haben. Wir freuen uns sehr, dass wir zusammenarbeiten dürfen. Unser Projekt wird von der Lottostiftung Berlin gefördert. Sinn und Zweck der Erhebungen ist, wir wollen uns die Datenvergleichbarkeit vor Augen zu halten, damit wir möglichst die Tendenzen innerhalb dieser Population sehen können. Niemand kann alle obdachlosen Menschen in Berlin in einer Nacht finden. Das ist unmöglich. Das wollen wir auch nicht. Besonders jetzt mit dem Krieg in der Ukraine wird es sehr wichtig, nicht wie oder ob, sondern leider wann einige ukrainische Staatsbürger in die Obdachlosigkeit geraten. Deshalb finden wir es sehr wichtig, dass solche statistischen Maßnahmen durchgeführt werden.

Es muss eine Berliner Wohnungslosenstatistik geben, und das ist nur ein Teil davon. Das wurde auch in der Strategiekonferenz so beraten. Wir können nur einen Teil davon in unserem Projekt schaffen. Wir würden gern die demografischen Hintergründe dieser Teilgruppe kennenlernen, um ergänzend zu der sich im Aufbau befindenden Wohnungsnotfallstatistik beizutragen. Natürlich ist unser Ziel, dass wir damit zusammen bessere Hilfsangebote für die obdachlosen Menschen in Berlin und bessere Lösungsmöglichkeiten für die Wohnungsfrage finden können.

Freiwillige Helfer:innen



- Für jede Erhebung werden in der Zähl- und Befragungsnacht **mehrere Tausend Freiwillige** gebraucht.
- Die Freiwilligen werden in **Teams aus 3 - 4 Personen** einen festgelegten Bereich Berlins ablaufen.
- Die Zahl der dort angetroffenen obdachlosen Menschen wird von den Freiwilligen erfasst.
- Wer von den angetroffenen obdachlosen Menschen möchte, wird von den Freiwilligen **kurz und anonym befragt**.

Auf der Webseite www.zeitdersolidaritaet.de können Sie sich als Freiwillige oder Freiwilliger registrieren lassen.



Wir brauchen für die Datenerhebung mehrere Tausend Freiwillige, also zwischen 3 000 und 4 000 Freiwillige. Sie werden in Teams von drei bis vier Personen einen festgelegten Bereich Berlins ablaufen. Sie werden die obdachlosen Menschen zählen, und wenn das gewünscht ist, werden sie auch fünf anonyme Fragen stellen.

Engagement und Solidarität



- Das zivilgesellschaftliche **Engagement** und die **Solidarität für wohnungslose Berliner:innen** soll gestärkt und gefördert werden.
- Über die Zähl- und Befragungsnacht hinaus werden **Engagement-Möglichkeiten in der Berliner Wohnungsnotfallhilfe** vorgestellt und vermittelt.
- **Aktionen und Veranstaltungen** zu den Themen Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit werden organisiert.
 - Wann?
 - **Ab Mai 2022** (vor und nach der Erhebung)
 - Wer?
 - **Berliner Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäuser**
 - **Berliner Landeszentrale für politische Bildung** und weitere Partner...



Zweites Ziel unseres Projektes als Fachverband für Nachbarschaftsarbeit ist, das Engagement und die Solidarität der Berlinerinnen und Berliner zu steigern. Da bauen wir auf der ersten Zählung auf. Wir wollen diese mehrere Tausend Menschen und vielleicht noch mehr Menschen, die unser Projekt durch die Öffentlichkeit kennenlernen, zu längerfristigen Engagementmöglichkeiten führen. Natürlich ist es schön, wenn Menschen in einer Nacht mitmachen, aber wir wollen dieses Engagement, das Berlin in sich hat, nutzen, um obdachlosen und wohnungslosen Menschen generell zu helfen.

Transparenz und Mitsprache



- Tour durch Tagesstätten für Wohnungslose im Herbst 2021
 - > 25 Einrichtungen und Organisationen besucht
 - > 200 überwiegend zur Zeit wohnungslose Menschen erreicht



- Fachtagung im Dezember 2021
 - Gemeinsamer Rückblick auf die „Nacht der Solidarität“
 - Sammlung von Ideen und Verbesserungsansätzen



Dafür werden wir eine „Zeit der Solidarität“ vor der Zählung organisieren. Im Mai und Anfang Juni werden viele Veranstaltungen stattfinden. Wir arbeiten zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung. Sie werden Diskussionsrunden, Filmvorführungen und auch Veranstaltungen für Kinder anbieten, aber es gibt auch ein großes Interesse seitens der Nachbarschaftshäuser und Stadtteilzentren Berlins. Voraussichtlich werden mehr als 20 solcher Veranstaltungen überall in Berlin angeboten werden, um die Lebenslage der obdachlosen und wohnungslosen Menschen besser kennenzulernen.

Was wir bis jetzt gemacht haben? – Unser zweites Ziel ist, das Engagement zu steigern. Das wollen wir nicht für die ganz normalen Berlinerinnen und Berliner anbieten, sondern auch für Menschen, die ehemals oder aktuell obdachlos oder wohnungslos sind. Wir wollen, dass sie auch Teil der Gesellschaft sind, und deshalb haben wir im Herbst eine Art Besuchstour durch die Tagesstätten und die verschiedenen Einrichtungen der Berliner Kältehilfe und Wohnungslosenhilfe organisiert. Wir haben mehr als 25 Einrichtungen und Organisationen besucht, Streetworkerinnen und Sozialarbeiterinnen kennengelernt, aber wir haben auch über 200 Menschen mit Wohnungslosigkeitserfahrung kennengelernt und ihre Ideen und Meinungen in unserem Projekt kanalisiert. Wir haben im Dezember eine ganztägige Fachtagung organisiert, und wir haben einen Rückblick auf die erste Zählung gehabt und Ideen und Verbesserungsansätze gesammelt.

Was noch wichtig ist: Diese Jahr haben wir eine AG Nachbarschaftsarbeit und Wohnungsnotfallhilfe organisiert für unsere Mitglieder, aber auch darüber hinaus. Wir wollen, dass die Nachbarschaftsarbeit und die Wohnungsnotfallhilfe lokal und überall in Berlin besser zusammenarbeiten können, und wir wollen neue Methoden und neue Erkenntnisse dafür einsetzen. Wir arbeiten sehr eng mit den Nachbarschaftsarbeiterinnen und Sozialarbeiterinnen der Wohnungsnotfallhilfe daran.

Fragen und Antworten



- Mehr erfahren und mitmachen!
- www.zeitdersolidaritaet.de



Wir wollen als drittes Ziel ein breites Bündnis aufbauen, um bessere Lösungsansätze für diese gesellschaftliche Problematik zu finden. Wie Frau Breitenbach gesagt hat, würden wir uns sehr freuen, wenn Sie bei unserer Datenerhebung mitmachen und unseren Aufruf teilen würden. Seit einigen Tagen ist unser Aufruf raus. Wir müssen mehr als 3 000 Menschen dafür gewinnen, dass sie erst mal in einer Nacht, aber später hoffentlich längerfristig bei uns mitmachen. Wir freuen uns auf Ihre Fragen. Zur Freiwilligenkoordination kann Frau Paust etwas sagen. – Danke schön!



„Zeit der Solidarität“ ist ein Projekt des Verbands
für sozial-kulturelle Arbeit e.V. – Landesverband Berlin //
www.zeitdersolidaritaet.de

Projektpartner:



Förderer:



Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank! – Frau Paust, dann haben Sie direkt das Wort!

Constanze Paust (Leiterin der FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Mein Name ist Paust, wie schon gesagt, ich leite die FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf, und wir sind auch dieses Mal für die Freiwilligenkoordination beim Projekt „Zeit der Solidarität“ zuständig.

Die „Zeit der Solidarität“ ist ein Projekt, welches auf bürgerschaftlichem Engagement fußt. Schon die „Nacht der Solidarität“, die erste Straßenzählung in Deutschland, hat sich als ein erfolgreiches Freiwilligenprojekt erwiesen. Berlin verfügt über eine aus Landes- und Bezirksmitteln finanzierte Struktur von bezirklichen Freiwilligenagenturen – was, nebenbei bemerkt, großartig ist. Auf deren vorhandene Netzwerke und in der Umsetzung von zivilgesellschaftlichen Aktionen erfahrene Akteure und Akteurinnen wurde seitens SenIAS und der damaligen Senatorin Frau Elke Breitenbach bereits für die erste Zählnacht zurückgegriffen. Die FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf hatte weitreichende Erfahrungen in der Umsetzung ihres Volunteerprogramms und wurde daher 2019 vom Senat mit der Registrierung, Koordination und Kommunikation mit den Freiwilligen für die „Nacht der Solidarität“ beauftragt.

Die Zusammenarbeit setzt sich nun im Rahmen des Projekts „Zeit der Solidarität“ an der Seite des VSKA fort.



Freiwilligenkoordination

FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf

Schon bei der „Nacht der Solidarität“ im Jahr 2020 übernahm die FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf erfolgreich die berlinweite Koordinierung und Erfassung aller freiwilligen Helfer:innen. Über 3700 Freiwillige wurden erfasst, von denen letztendlich 2600 an der Erhebung teilnahmen.

Für die Erhebung am 22.06.2022 werden erneut 3000 Freiwillige gesucht.



In ca. 60 Sammelpunkten sollen ca. 600 Teams in die Nacht starten. Berücksichtigt wird eine Ausfallquote von 30%.



Für die zweite Zähl- und Erhebungsnacht am Mittwoch, dem 22. Juni werden nun erneut Freiwillige gesucht, mindestens 3 000 an der Zahl. An circa 60 Sammelpunkten sollen circa 600 Teams mit mindestens drei Personen Menschen, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, berlinweit zählen.

Aufgaben der FW-Koordination

- Einrichtung und Pflege der Freinet-Datenbank zur Registrierung und Verwaltung der Freiwilligen
- Kommunikation mit den Freiwilligen wie u.a. Beantwortung von Fragen im Vorfeld und laufend über die „Freitagsmails“, gesondert Begrüßung, Dankeschön und Feedback danach
- Beratung zur Organisation und Ausrichtung der Zählung in Hinblick auf die Anliegen und Interessen der Freiwilligen




Die Aufgaben der Freiwilligenkoordination im Rahmen des Projekts „Zeit der Solidarität“ sind in einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung mit dem VSKA sowie SenIAS festgelegt. Erstens: die Einrichtung und Pflege der Freinet-Datenbank zur Registrierung und Verwaltung der Freiwilligen. Auch bei der „Nacht der Solidarität“ haben wir ein Onlinedaten-


banksystem vom Anbieter Freinet-Online genutzt. Der Vorteil dieses direkten Onlinezugriffs besteht vor allem darin, dass die Freiwilligen ihre Kontaktdaten selbst in die Formulare schreiben können, um die Fehlerquoten zu minimieren. Nach der Registrierung können die Freiwilligen den Sammelpunkt, von dem aus sie in die Nacht starten, wählen. Das passiert dann über einen separaten Link. Der Prozess der Konzeption und Erstellung der Datenbank ist abgeschlossen. Seit dem 30. März können sich die Freiwilligen nun registrieren.

Zweiter Aufgabenbereich ist die Kommunikation mit den Freiwilligen wie unter anderem die Beantwortung von Fragen im Vorfeld und laufend über die Freitagsmails, gesondert Begrüßung, Dankeschön und Feedback danach. Die Freiwilligen werden über den Fortgang des Projekts sowie weitere Details über die sogenannte Freitagsmail – sie wird immer am Freitagnachmittag verschickt – auf dem Laufenden gehalten. Diese Freitagsmail wird in enger Kooperation mit dem Projektteam des VSKA verfasst. Ab dem 8. April, also diesem Freitag, erhalten die Freiwilligen nun wöchentlich eine E-Mail mit den neuesten Fakten oder auch Hinweisen zu Veranstaltungen von der „Zeit der Solidarität“.

Wesentliche Ziele



- Die „Zeit der Solidarität“ soll genutzt werden, um
 - größeren Teilen der Stadtgesellschaft das Themenfeld Wohnungs- und Obdachlosigkeit näher zu bringen.
 - den Freiwilligen Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie sich bürgerschaftlich in diesem Themenbereich engagieren und solidarisch zeigen können.
 - die Freiwilligen über die bereits existierenden Angebote im Bereich der Wohnungslosenunterstützung zu informieren.
 - ein längerfristiges Engagement über die Erhebung hinaus zu erreichen.



Drittens beraten wir zur Organisation und Ausrichtung der Zählung im Hinblick auf die Anliegen und Interessen der Freiwilligen. Hierzu finden wöchentliche Treffen mit dem Team des VSKA statt, in denen beispielsweise gemeinsam die laufend aktualisierten Fragen und Antworten, die FAQs, erarbeitet werden, welche über die Website des Projekts öffentlich zugänglich sind.

Wesentliche Ziele für die „Zeit der Solidarität“ sind die Sensibilisierung potenzieller Freiwilliger und die Informationsvermittlung, welche im Rahmen unserer Möglichkeiten maßgeblich durch die freitäglichen Newsletter erfolgt. Mit dem Projekt soll das Engagement der Stadtgesellschaft für obdachlose Menschen gefördert werden. Den Freiwilligen werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie sie sich bürgerschaftlich in diesem Themenbereich engagieren und solida-

risch zeigen können. Wir machen begleitend auf bereits existierende Angebote im Bereich der Wohnungslosenunterstützung aufmerksam, und das Engagement in der Zähl- und Erhebungsnacht soll nach Möglichkeit ein Türöffner für langfristiges Engagement im Bereich Wohnungs- und Obdachlosigkeit sein. Über den Projektzeitraum werden kontinuierlich Engagementangebote aktiv vorgestellt, abgefragt und beworben in Zusammenarbeit mit dem VSKA.

Fragen und Antworten



- Mehr erfahren und mitmachen!
- Anmeldung ist seit dem 30.03.2022 möglich.

- www.zeitdersolidaritaet.de
- <https://aller-ehren-wert.de/zeit-der-solidaritaet/>



Wir freuen uns über Ihr Interesse und Ihre Unterstützung und herzlichen Dank für die heutige Einladung!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Paust, auch für die superkurze Vorstellung an Sie beide! –Frau Trăsnea! Möchten Sie Stellung nehmen?

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKZl): Vielen Dank auch von meiner Seite an Frau Paust und Herrn Vojtonovszki! Herzlichen Dank! Ich möchte deutlich machen, dass auch wir als Senatskanzlei sehr froh sind über den großen Beitrag, den Sie leisten, um Zugang zu Engagement zu ermöglichen, Zugang zu einem Thema, das enorm wichtig ist, denn all diese Menschen, die in die Obdachlosigkeit geraten sind, sind oft unverschuldet dort hineingekommen und finden ganz schwer den Weg zurück. Sie werden oft alleingelassen und haben den Eindruck, nicht gesehen, nicht wahrgenommen zu werden. Das ist etwas, was psychisch belastet, was das Seelenheil beeinflusst. Diese nächtliche Aktion ist, wie Sie eben sagten, keine reine Datenerfassung, sondern ein Zeichen der Wertschätzung, der Solidarität, des Zusammenhalts und auch der Empathie der Mehrheitsgesellschaft für diese Zielgruppe, auch eine Sensibilisierung der Stadtgesellschaft, damit wir perspektivisch alle miteinander daran arbeiten, das Ziel, das wir uns alle vorgenommen haben, nämlich bis 2030 Obdachlosigkeit in der Stadt zu beenden, zu erreichen. Wie macht man das? – Indem man ein Thema, das früher im Untergrund waberte und ungern gesehen worden ist, auf die politische Agenda setzt und in der Öffentlichkeitsagenda der Stadt wahrnimmt.

Ich möchte mich herzlich dafür bedanken bei der FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf, aber auch beim Verband für sozio-kulturelle Arbeit, Herr Vojtonovszki, für Ihre Arbeit, die Sie hier leisten. Es zeigt, dass die Zusammenarbeit mit den Stadtteilzentren und Freiwilligenagenturen eine enorm wichtige Säule ist, um in den Sozialräumen direkt agieren und einen Beitrag leisten zu können, dass unsere Stadt noch solidarischer und empathievoller zusammenkommt und die Kräfte bündelt, auch bei einem solch wichtigen Thema.

Mir bleibt nur, mich auch im Namen der Regierenden Bürgermeisterin für Ihr Engagement zu bedanken. Vielen Dank, dass Sie das erneut in Angriff nehmen! Auf eine gute Zählung! Ich hoffe, dass sich sehr viele Ehrenamtliche melden werden. Auch wir werden das über unsere Kanäle unterstützen und das bewerben, damit möglichst viele in der Stadt mitbekommen, was Sie Gutes tun. Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Wir haben jetzt drei Wortmeldungen. – Herr Förster hat zuerst das Wort, und dann folgt Frau Auricht!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank Ihnen, Herr Vojtonovszki und Frau Paust, für die Ausführungen und vor allen Dingen auch für Ihr Engagement! Ich glaube, man kann vorwegschicken, dass das eine sinnvolle und notwendige und hoffentlich für die Zukunft auch tragfähige Aktion ist, die sicherlich noch mehrfach wiederholt werden muss, um gerade das Thema Obdachlosigkeit aus der Unsichtbarkeit herauszuholen und ihm eine Sichtbarkeit zu geben, auch über diese statistischen Erhebungen. Sie haben es so schön gesagt, Herr Vojtonovszki, es ist ja nicht das Sammeln von Daten als Selbstzweck, sondern es sollen konkrete Angebote daraus erfolgen. Vielleicht können Sie noch mal sagen, was Ihnen im besten Fall, wenn die Datengrundlage valide genug ist, vorschwebt, welche Hilfsangebote man da konkret ableiten könnte über die bestehenden hinaus, oder was Ihnen vorschwebt, was man aus diesen Informationen, die man gewonnen hat, machen kann.

Am Ende ist ja auch die Frage: Wen erreicht man, und wen erreicht man nicht? – Vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Es gibt ja, auch wenn man das bedauerlich findet, das Recht darauf, sich nicht helfen zu lassen oder diese Angebote nicht anzunehmen. Kann man prozentual oder vom Umfang her sagen, wie groß die Gruppe der Obdachlosen ist, die man erreichen kann, und welche Gruppe quasi verloren ist, weil sie sich nicht helfen lassen will, aus welchen Gründen auch immer? Das ist sicherlich auch ein Hinweis, den man für die weitere politische Arbeit mitnehmen kann.

Ich habe auch die Frage, ob Sie darüber schon Statistiken haben oder ob das möglicherweise ein Schwerpunkt ist, wie viele Obdachlose nicht originär – in Anführungsstrichen – Berliner Obdachlose sind, sondern welche, die zum Beispiel aus Warschau oder anderen europäischen Großstädten kommen, weil sie dort noch schlechtere Bedingungen haben, auf der Straße zu leben, als in Berlin. Ich weiß, dass das auch immer ein Problem des Transits war, dass Hamburg zum Beispiel die Obdachlosen aus Polen in einen Bus gepackt hat, der über Berlin gefahren ist, und die hier wieder ausgestiegen und dann in Berlin geblieben sind. Also es ist auch die Frage eines Verschiebebahnhofs in Europa bzw. die Tatsache, dass auch Obdachlose aus anderen europäischen Städten vielleicht hier unterkommen und nicht über die Sprachkenntnisse verfügen und entsprechend anderweitig betreut werden müssen als – in Anführungsstrichen – Berliner Obdachlose. Das wäre vielleicht noch eine Information, die Sie geben könnten.

Dann hätte ich auch gern gewusst, ob es Sinn machen könnte, weil man diese Aktion sonst immer wiederholen muss – es kommen sicherlich immer neue Obdachlose hinzu, und andere fallen hoffentlich weg, weil sie zum Beispiel eine Wohnung gefunden haben –, irgendeine feste Form von Registrierung zu machen, die Ihnen die Arbeit leichter macht. Verstehen Sie mich nicht falsch! Ich bin als Liberaler skeptisch, was das ausufernde Sammeln von Daten betrifft, aber ich habe den Ansatz, den Sie haben, so verstanden, da auch verbindlich langfristige Angebote zu machen. Das stelle ich mir schwer vor, wenn man das anonym aufnimmt, aber keine Kontaktdaten bzw. auch keine Möglichkeiten hat, das langfristig zu verfolgen. Könnte man da nicht eine verbindlichere Form der Registrierung finden?

Dann hätte ich an Sie noch zwei Fragen, Frau Paust, was die Zusammenarbeit mit den anderen Freiwilligenagenturen betrifft. Ich habe das so verstanden, dass Sie das jetzt quasi federführend machen. Gibt es mit den anderen Agenturen in den Bezirken – zum Beispiel in meinem Heimatbezirk Treptow-Köpenick wären es die „Sternenfischer“, es gibt viele andere Agenturen – eine Zusammenarbeit in der Form, dass sie es nachbereiten bzw. da anteilig kooperativ tätig sind, oder ist das eine Leistung von Ihnen für das Projekt, das aber nicht unbedingt etwas mit den anderen Bezirken zu tun hat?

Letzte Frage: Wenn man den Namen so einer Zählung ändert – ich habe verstanden, dass es über die Nacht hinausgeht, und die „Nacht der Solidarität“ in „Zeit der Solidarität“ zu ändern, mag inhaltlich Sinn machen, aber einen eingeführten und in der Öffentlichkeit kommunizierten Namen zu transferieren, ist ja immer schwierig. Das ist ja generell eine Frage des Marketings. Können Sie mir noch mal sagen, was dahintersteckte und inwiefern den Leuten bewusst ist, dass das dieselbe Veranstaltung ist, die nur unter einem anderen Namen fortgeführt wird? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Förster! – Frau Auricht!

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Herr Förster hat schon viele Fragen gestellt, die auch ich stellen wollte. Sie hatten gesagt, Sie brauchen zwischen 3 000 und 4 000 Freiwillige, die beim Zählen helfen sollen. Ich glaube, bei der letzten Zählung hatten sich schon sehr viele gemeldet, aber es waren auch bei der letzten Zählung schon nicht genug. Ich glaube, der Senat unterstützt Sie gern bei der Suche nach Freiwilligen, die da mithelfen wollen, aber können Sie sich vorstellen, wo Sie noch Freiwillige akquirieren können, ob man da noch weitgreifender, vielleicht in den Universitäten oder wo auch immer, noch nachfragen könnte, um noch Freiwillige zu gewinnen? Ich glaube, mit letzstens 2 700 sind Sie nicht ganz so gut bedient gewesen, Sie brauchen ja mehr.

Dann haben Sie ja gesagt, Sie wollen nicht nur zählen, sondern auch anonymisierte Fragen stellen, fünf an der Zahl. Das scheint mir ein bisschen wenig, denn ich glaube, wir brauchen sehr viel mehr Informationen von den Leuten, die obdachlos sind, jetzt mal ohne die Herkunft, aber vielleicht die Zeit der Obdachlosigkeit, wie lange sie schon auf der Straße sind und, und, und. Der Inhalt der Fragen würde mich interessieren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Dann hat Frau Wolff das Wort.

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Jetzt haben sich schon so viele bedankt, aber ich tue es natürlich auch noch mal, das ist ja ganz klar, an dieser Stelle. Ich finde das sehr

wichtig. Es vorhin von den „Unsichtbaren“ gesprochen worden. Es gibt sogar einen Bildband, um die Unsichtbaren sichtbar zu machen. Auch Herr Förster hat schon viele Fragen gestellt. Ich kann nur sagen, 2 600 finde ich eine ganz schön gestandene Zahl, und ich habe mich damals super gefreut, dass sich so viele gemeldet haben. Das fand ich wirklich super. Mehr Fragen zu stellen – das ist sicherlich noch eine andere Antwort wert, aber die werden Sie ja sicherlich nachher geben.

Frau Paust! Sie hatten vorhin gesagt: Es ist ein Unterschied, ob wir im Sommer diese Aktion durchführen oder im Winter. – Ich würde gern von Ihnen noch mal die Aspekte hören, was für Sie da ganz wichtig ist. Sicherlich kann ich mir da einiges denken, aber das würde ich gern von Ihnen hören. Ich glaube, Sie haben da noch einen anderen Hintergrund, warum Sie das gesagt haben.

Dann würde mich die Altersstruktur des ehrenamtlichen Engagements interessieren, wer sich da also engagiert, wer sich da gerne meldet, wer gerne da unterwegs ist und wie nachhaltig es sich erweist, dass Ehrenamtliche sich jetzt auf den Weg gemacht haben. Warum haben sie das gemacht? Wird gezeigt, warum man sich engagiert in dieser Nacht? Wie nachhaltig ist das, dass man sich weiterhin engagiert? Das würde mich sehr interessieren.

Herr Förster hat schon nach der Zusammenarbeit mit den Freiwilligenagenturen gefragt. Das ist natürlich für die Bezirke und für uns gut. Das wirft für mich die Frage nach dem Radius auf. Wie weit findet das statt? Das ist mir nicht so ganz bekannt, ob das bis an den Rand von Berlin geht. – Das sollte es erst mal sein. Wenn ich dann noch etwas habe, würde ich gern noch mal nachfragen dürfen. Danke schön!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Wolff! – Frau Dr. Kahlefeld, Sie haben das Wort!

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Ich habe nur eine Frage, weil jetzt schon so viel gefragt wurde. Beim letzten Mal gab es eine Vorbereitung der Freiwilligen auf die Zählung, wo die Fragen und ein angemessener Umgang besprochen wurden. Ich möchte fragen, ob das wieder stattfindet und ob da vom letzten Mal ein Lernprozess stattgefunden hat, ob man jetzt irgendwas anders machen würde. Da gab es ja bestimmt eine Rückkopplung: Das und das hat uns gefehlt. – Oder: Das und das hätten wir sowieso gewusst und brauchen das gar nicht. – Ich wollte nur nach diesem speziellen Teil der Kampagne noch mal fragen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Ich habe vier Fragen. Zum einen habe ich die Bitte, dass irgendjemand etwas zur Finanzierung sagt. Sie haben gesagt, Sie sind für drei Jahre finanziert. Wir haben jetzt Haushaltsberatungen. Sie werden festgestellt haben, wir finden da nichts in dem Haushalt. Das soll ja eine dauerhafte Einrichtung sein. Vielleicht kann jemand etwas dazu sagen.

Die zweite Frage – was ja immer eine große Herausforderung war und vermutlich auch noch ist –: Wie gelingt es, Obdachlose oder ehemalige Obdachlose miteinzubeziehen? Sie hatten ja schon gesagt, welchen Weg Sie gegangen sind. Haben Sie da eine Einschätzung, wie viele von den Menschen sich an der „Zeit der Solidarität“ beteiligen werden?

Meine dritte Frage ist die nach der Verstetigung. Es wurde ja von sehr vielen gesagt, mit der „Zeit der Solidarität“ soll auch das ehrenamtliche Engagement verstetigt werden. Da würde ich bitten, dass die Senatskanzlei und/oder SenIAS noch etwas dazu sagt, welche Unterstützung es gibt und was Sie sich dabei vorstellen.

Die letzte Frage ist: Wie erfolgt die Auswertung der Daten und damit die Vergleichbarkeit mit der letzten Befragung?

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Letzte Wortmeldung in dieser Runde ist die von Herrn Wohlert.

Björn Wohlert (CDU): Dem vielfachen Dank können wir uns natürlich anschließen. Ich habe zwei Fragen, die in eine ähnliche Richtung gehen wie die, die die Kollegin gestellt hat, zum einen zum Zeitpunkt der Zählung, der ja jetzt anders gewählt ist, nämlich im Sommer.

Wie können wir, wenn wir die Zeitpunkte verschieben, eine Vergleichbarkeit der Zahlen sicherstellen? Oder ist es gerade vor dem Hintergrund wichtig, dass wir von Jahr zu Jahr unterschiedliche Monate betrachten? Dazu würde mich ein Einblick interessieren.

Ein Stichwort, was schon genannt wurde, ist die Verstetigung des Engagements, also wie wir aus der zweiten „Nacht der Solidarität“ weitere Menschen motivieren, sich längerfristig in der Obdachlosenhilfe zu engagieren. Mich würde dazu interessieren, wie eigentlich dieser Datenaustausch, der Datenpool, unter allen datenschutzrechtlichen Aspekten sichergestellt werden kann. Wie kann man sicherstellen, dass Träger der Obdachlosenhilfe, beispielsweise aus dem jeweiligen Bezirk, wo derjenige wohnt, in irgendeiner Art und Weise auf die Daten zugreifen können, wenn sich jemand anmeldet und auch in der zweiten „Nacht der Solidarität“ engagieren will? Oder bekommen die Menschen Angebote, wo sie sich engagieren können? Wie wird mit den Daten der Menschen, die sich melden, so umgegangen, dass sie möglichst viele Informationen erhalten, wo sie sich über diese Nacht hinaus engagieren können?

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Wollen wir jetzt in der umgekehrten Reihenfolge anfangen, oder wer möchte zuerst? Sie können es auch untereinander entscheiden. – Herr Wojtonovszki, Sie haben das Wort!

Bálint Wojtonovszki (Leiter des Projekts „Zeit der Solidarität“ beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.): Ich würde anfangen. Wofür wir die Daten erheben, war, denke ich, die erste Frage. Unser Ziel ist, wie gesagt, die besseren beziehungsweise passenderen Angebote für die obdachlosen Menschen sicherzustellen. Zum Beispiel ist die Frage des Geschlechts wichtig. Frauen brauchen andere Einrichtungen als Männer. Wie viele Plätze für Frauen gebraucht werden, ist auch ein Ansatz, zu dem sicherlich durch unser Projekt Erkenntnisse erhoben werden. Aber auch andere Fragen werden erhoben, zum Beispiel, wie viele Sprachlotsen wir brauchen, für was für Sprachen. Das große Ziel ist aber natürlich die Wohnungsfrage. Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit sind eine Wohnungsfrage. Diese Probleme können natürlich letztendlich nur mit Wohnungen gelöst werden. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, den ich hier nennen möchte.

Wen erreichen wir? – Wir erreichen die Menschen, die sich während der Nacht in öffentlichen Räumlichkeiten aufhalten und die gesehen werden wollen. Es gibt immer auch Menschen, die sich verstecken, deshalb haben wir im Herbst eine Besuchstour. Wir werden solche Besuchstouren auch vor und nach der Zählung organisieren, um die betroffenen Menschen zu informieren. Die Datenerhebung bleibt freiwillig. Wenn sie sich verstecken wollen, dann können sie sich verstecken. Wir wollen nur, dass sie eine informierte Entscheidung darüber treffen können. Deshalb gehen wir zu den Menschen. Wir erwarten nicht, dass sie sich alleine durch die Medien ein Bild aufbauen sollen. Im Januar gab es eine bundesweite Hochrechnung von Obdachlosigkeit. Die Daten kommen höchstwahrscheinlich im Sommer. Wir sind in Kontakt mit diesem Projekt.

Woher kommen die Menschen? – Bei der ersten Zählung hat sich ergeben, dass es viele Menschen nichtdeutscher Herkunft gibt, die obdachlos in Berlin leben. Das wissen wir. Inwiefern sie aus anderen EU-Ländern kommen oder aus Drittstaaten, wissen wir nicht. Mehr konnten wir wegen datenschutzrechtlicher Bestimmungen nicht fragen. Dieses Mal werden wir auch nicht mehr fragen können.

Ich komme zu den Fragen. Wir werden die gleichen fünf Fragen abfragen, die bei der ersten Zählung abgefragt wurden: Geschlecht, Alter, seit wann der Mann oder die Frau auf der Straße lebt, mit wem die Person auf der Straße lebt und Herkunftsregion; wie gesagt, entweder Deutschland, andere EU-Staaten oder Drittstaaten. Wir haben einen Fachbeirat zusammengerufen, analog zu der ersten Zählung und zu dem jeweiligen Organ der Strategiekonferenz, um diese methodischen Fragen zusammen zu erarbeiten. Diese Woche werden wir damit fertig sein. Wir haben aber beschlossen, dass die fünf Fragen am wichtigsten sind. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von verschiedenen Universitäten haben uns bestätigt, dass wir die Qualität und Quantität, die wir ansetzen, nicht mischen sollen. Ich selbst komme aus Ungarn. Da werden seit 20 Jahren ähnliche Rechnungen und Zählungen durchgeführt. Ich bin in Kontakt mit den verschiedenen Projektleiterinnen und -leitern der jeweiligen Projekte. Sie haben bestätigt, dass sie zwölfseitenlange Fragebögen ausgefüllt haben. Wenn man aber nicht jedes Jahr die gleichen Fragen konsequent abfragt, machen die Fragen, die man nur einmal abfragt, nach fünf oder zehn Jahren wenig Sinn. Man kann also nicht jede obdachlose Person in Berlin finden. Deshalb ist es gut, die Fragebögen so klein zu halten wie möglich. Wir treffen die Menschen im öffentlichen Raum an. Wir wollen sie während der Nacht nicht erschrecken. Wir wollen sie nicht belästigen. Wir wollen nur wissen, wer sie sind und wie sie sind. Deshalb wäre ein längerer Fragebogen nicht gut, weil die Menschen dann weniger antworten würden.

Zur Registrierung: Sie haben gesagt, dass die Menschen datenschutzrechtlich nicht registriert werden sollen. Ich bin auch gegen eine Registrierung. Es ist besser, wenn man durch die Angebote Einschätzungen trifft, wenn es um die Wohnungslosigkeit geht. Die obdachlosen und wohnungslosen Menschen sind ziemlich mobil. Sie fahren überall durch Berlin. Es gibt andere Statistiken, die man benutzen kann, wie Integriertes Sozialprogramm und verschiedene Projekte, wie Berlin die Wohnungsnotfallhilfe finanziert. Durch diese Erkenntnisse und Statistiken kann man einen Blick darauf werfen, wie viele Menschen wohnungslos in Berlin leben. Ich denke, man sollte die Berliner Wohnungslosenstatistik aufbauen und dadurch einen besseren Überblick schaffen.

Warum heißt unser Projekt „Zeit der Solidarität“? – Wir wollen ausdrücklich, dass in den nächsten knapp zweieinhalb Jahren nicht alleine zwei Zählungen durchgeführt werden. Wir wollen wirklich betonen, dass das, was zwischen den Zählungen passiert, fast wichtiger ist als die Zählungen selbst. Die Zählungen sind sehr wichtig, weil man die Daten für das Policy Making braucht, aber um das Engagement zu steigern, brauchen wir diese Zeit dazwischen. Wir brauchen längerfristige Möglichkeiten, um die Menschen in den verschiedenen Lebenslagen besser kennenzulernen.

Unser Wunsch mit diesem Projekt ist, dass ein 18-monatiger Rhythmus verstetigt wird. Es gibt verschiedene internationale Beispiele, warum eine Zählung und eine Befragung von obdachlosen Menschen im Sommer sinnvoll ist. Wir kennen natürlich diese Beispiele. Das wollen wir sehen, weil die Menschen, die obdachlos leben, in der Regel im Sommer obdachlos bleiben. Dann haben sie andere Problemlagen und auch andere Hilfesysteme. Die Kältehilfe ist im Sommer nicht da. Sie müssen irgendwie klarkommen. Wir wollen betonen, dass Obdachlosigkeit nicht nur ein Winterthema ist.

Zum Engagement von obdachlosen oder ehemals obdachlosen Menschen: Wir haben viele Menschen durch unsere Besuchstour und durch Projektpartnerinnen und -partner verschiede-

ner Organisationen kennengelernt. Wir haben auch Sitzungen für aktuell oder ehemals obdachlose Menschen organisiert. Wir wollen mit ihnen längerfristig zusammenarbeiten und ihre Expertise in eigener Sache benutzen und sie dazu animieren, dass sie auch längerfristig mit uns zusammenarbeiten.

Die Schulung der Freiwilligen ist ein Mehrwert an sich, wenn obdachlose Menschen da sind und zum Beispiel kleine Rollenspiele mit den Freiwilligen gemacht werden zur Frage, wie man eine obdachlose Person anspricht. Das ist ein Mehrwert in sich selbst. Das ist aber nur ein Beispiel. Wir haben viele Ideen, müssen aber zusammen mit unseren Projektpartnerorganisationen arbeiten. Zu den Schulungen will ich noch sagen, dass wir, wie Frau Paust gesagt hat, mehr als 600 Teams haben werden. Wir können nicht alle mehr als 3 000 Menschen gesondert schulen. Wir wollen uns auf die mehr als 600 Teamleitungen konzentrieren. Für sie werden wir gesondert Schulungen anbieten. Sie sind die Menschen, die schon ein bisschen Erfahrung bezüglich der Obdachlosigkeit und der obdachlosen Menschen haben. Durch die Rückmeldungen der ersten Zählung erfuhren wir, dass die Menschen sich gewünscht haben, ein Begleitvideo vor der Zählung zu haben. Das werden wir machen. Wir werden nicht nur Präsenzveranstaltungen, sondern auch Onlineveranstaltungen und vor der Zählung Einweisungen an jedem Sammelbüro abhalten, damit alle Freiwilligen wissen, wie man mit Menschen in öffentlichen Räumen, mit obdachlosen Menschen, umgehen soll. Sie treten in das Wohnzimmer der obdachlosen Menschen ein, und sie sollen sich auch so verhalten. – Ich denke, ich habe genug gesprochen. Ich gebe weiter an Frau Paust.

Constanze Paust (Leiterin der FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf): Die Frage zum Thema Datensicherheit ist mir auf jeden Fall im Kopf geblieben. Auch bezüglich der Freiwilligen kann ich noch sagen, dass die Registrierung der Freiwilligen für den gesamten Projektzeitraum läuft, also bis August 2024, und zwar funktioniert das über eine besonders geschützte SSL-Verschlüsselung. Unser Datenbankanbieter ist wirklich hochprofessionell und sehr erfahren und hat auch damals schon diese Datenbank zur Verfügung gestellt. Er ist auch bei den Freiwilligenagenturen bundesweit bekannt als der Datenbankanbieter, der sehr großen Wert gerade auf den Datenschutz legt.

Die Informationen, die die Freiwilligen bekommen, laufen hauptsächlich über diese sogenannten Freitagsmails. Das sind eine Art Newsletter, die wir jeden Freitag verschicken werden. Diesen Newsletter können Sie sich so vorstellen: Es gibt darin Informationen zum Projektverlauf, über Engagementangebote, darüber, was es überhaupt für Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger gibt, sich in dem Bereich zu engagieren usw. Es wird ein Paket, was die Bürgerinnen und Bürger, die sich für diese Zähl Nächte registriert haben, vollständig informieren, auch motivieren und Interesse wecken soll.

Dann möchte ich gerne noch etwas – das ist noch nicht beantwortet worden – zu der Zusammenarbeit mit den anderen Freiwilligenagenturen sagen. Das kam von Ihnen als erste Frage an mich speziell. Die Freiwilligenagenturen sind natürlich alle mit im Boot. Mit dem Projekteinstieg unsererseits – das ist ja erst seit Januar – haben wir sofort alle Freiwilligenagenturen darüber in Kenntnis gesetzt. Wir haben monatliche Verbundsitzungen, beziehungsweise eigentlich sogar zweiwöchentlich, in denen wir sofort darüber informiert, Infomaterial vergeben und natürlich darum gebeten haben, dass die Freiwilligenagenturen das Netzwerk, über das wir verfügen, bitte auch in der Akquise unterstützen sollen. Die Freiwilligenagenturen sind ja die Akteure in den Bezirken regional vor Ort, die Menschen motivieren können und wo Men-

schen regelmäßig hinkommen und sich engagieren möchten, die das natürlich dann auch aufzeigen, Flyer auslegen, das über ihre Social-Media-Kanäle verbreiten, auf Ihre Websites setzen. Wir wissen das aus der „Nacht der Solidarität“ von den Freiwilligenagenturen, zum Beispiel gerade aus Ihrem Bezirk, die Sternenfischer waren selbst auch Zählbüro. Da kommt auf jeden Fall Unterstützung, und sie werden auf dem Laufenden gehalten.

Dann vielleicht noch mal zu der Akquise der Freiwilligen. Es kam die Aussage, dass 2 700 ein bisschen wenig waren. Das teile ich tatsächlich nicht so. Die Erkenntnis war ja, dass wir immer, wenn es um den Einsatz von Freiwilligen geht, berücksichtigen müssen, dass es eine Ausfallquote gibt. Das ist ganz normal in diesem Bereich. Diese Ausfallquote lag bei der „Nacht der Solidarität“ bei etwa 30 Prozent. Das ist auch durchaus eine übliche, eine gute Ausfallquote, wenn man das so sagen kann. Wenn wir von mehr als 3 000 Freiwilligen sprechen, dann ist diese Ausfallquote bereits berücksichtigt. Mit 600 und ein paar zerquetschten Teams, die wir bilden wollen, mal drei beziehungsweise mal vier, sind wir also gut dabei, wenn wir zwischen 3 000 und 4 000 Freiwillige gewinnen können.

Zur Altersstruktur der Freiwilligen gab es eine Frage an mich. An der Stelle muss ich jetzt leider passen. Dazu kann ich Ihnen keine akkurate Aussage machen. Das würde ich Ihnen gerne nachreichen. Ich kann Ihnen sagen, dass es auf jeden Fall 61 Prozent weibliche und 39 Prozent männliche Teilnehmende gab und dass in meiner Wahrnehmung die Altersstruktur wirklich von jung bis alt vertreten war. Es ist ja sowieso erst ab 18 möglich, sich zu beteiligen. Die Altersstruktur war sehr vielfältig. – Falls wir jetzt irgendwelche Fragen noch nicht beantwortet haben – –

Vorsitzende Derya Çağlar: Gerne Herr Vojtonovszki noch!

Bálint Vojtonovszki (Leiter des Projekts „Zeit der Solidarität“ beim Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.): Ja, es gibt eine Frage, die ich noch nicht beantwortet habe. Es war die letzte Frage an mich zur Auswertung der Daten. Dabei arbeiten wir sehr eng mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales und weiteren Organisationen der Wohnungsnotfallhilfe und der Nachbarschaftsarbeit zusammen. Wir werden verschiedene Veranstaltungsformate nutzen. Die Zählungs- und Erhebungsnacht findet Ende Juni statt, am 22. Juni. Danach werden wir im Juli die Betroffenen informieren, also noch mal eine Besuchstour organisieren, um ihnen Kenntnis darüber zu geben, wie die Ergebnisse sind. Das liegt uns sehr am Herzen. Danach, nach der Sommerpause, werden wir, hoffentlich zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung, aber auch mit anderen Akteuren, verschiedene professionelle und Bildungsveranstaltungen organisieren, um die Erkenntnisse zu diskutieren und davon Lösungsansätze herauskristallisieren zu können.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Somit würde ich gern das Wort an die Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales geben, die Ergänzungen hat. – Herr Schröder, Sie haben das Wort!

Christian Schröder (SenIAS): Ich würde gerne zum Thema Freiwilligenakquise ergänzen. Es war so, dass der Anmelde- und Registrierungsprozess ungefähr anderthalb Monate vor der Zählung schon gestoppt werden musste, weil es so viele Anmeldungen gab, 3 700, dass das Projektteam damals dachte, jetzt reicht es an Freiwilligen, man müsste irgendwann auch absagen. Es gab durch die breite Kooperation mit den Hochschulen auch 660 Studierende darun-

ter. Zahlen zur Altersstruktur werden wir nicht liefern können. Das wurde damals nicht abgefragt und auch in der Feedback-E-Mail nicht mehr erhoben, weil es vorgesehen war, den Registrierungsprozess möglichst schlank zu halten.

Zur Finanzierung: Die ist über die Lottomittel abgesichert, die die beiden sehr erfolgreich akquiriert haben. Sie werden im Haushalt im Einzelplan 11 sehen, dass die „Nacht der Solidarität“ drinsteht und im Ansatz 00 in diesem Haushalt hat, aber bereits vorgemerkt ist, weil der Koalitionsvertrag vorsieht, das weiterzuentwickeln und gegebenenfalls zu verstetigen.

Der Zeitpunkt der Sommerzählung ist ein Novum. Das wurde in den anderen Städten so nicht gemacht. Es wurde aber im Beirat damals die Entscheidung getroffen, das im Wechsel zu machen, Sommer- und Winterzählung, in einem Rhythmus von anderthalb Jahren. Man wird eine Vergleichbarkeit erst haben, wenn man es regelmäßig im Sommer macht. Sommer- und Winterzählung werden im Vergleich interessant sein. Daraus müssen wir die Schlüsse ziehen. Es war ja so, dass bei der Winterzählung die Kältehilfeeinrichtungen geöffnet hatten und so schon 1 000 Gäste dort gezählt wurden. Wie sich das im Sommer darstellt, ist bislang offen, wie viele man dann im Straßenraum antrifft.

Dann gab es noch eine Frage zur Verstetigung des ehrenamtlichen Engagements. Wir finden sehr gut, dass die Stadtteilzentren eine Arbeitsgruppe auf der Ebene der Stadtteilzentren gebildet haben, die sich explizit zur Wohnungslosenhilfe vernetzt. Darüber hinaus planen wir mit dem aktuellen Doppelhaushalt, professionell unterstützte Ehrenamtskoordinationen bei drei Trägern einzusetzen, sofern der Haushaltsgesetzgeber dem zustimmt. – Das waren, glaube ich, alle Fragen, die noch offen waren.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Schröder! – Ich habe hier noch zwei Wortmeldungen. Ich nehme an, es sind ganz kurze Wortmeldungen. – Frau Wolff, Sie haben das Wort!

Dunja Wolff (SPD): Vielen Dank! – Ich werde mich bemühen. Um das vielleicht im Hinterkopf zu behalten: Meine Nachfrage zur Alterseingruppierung der Engagierten war nur deshalb, weil die Nachhaltigkeit besser zu erkennen ist, wie sich auch junge Menschen später weiter nachhaltig engagieren. Deshalb war mir die Frage tatsächlich wichtig, und sie wäre auch zukünftig nicht ganz unwichtig.

Dann hat man in diesem Jahr vielleicht auch Bedenken, weil wir gerade jetzt sehr viel Engagement haben. Es sind jetzt gerade sehr viele Menschen im Engagement tätig. Mich würde interessieren, ob es eine Zwischenmeldung geben könnte, damit man weiß, wie viele sich schon gemeldet haben und ob das eine Auswirkung hat. Hat das eine Auswirkung darauf, dass es eine andere Gruppierung von Engagierten ist, die jetzt hier mitmacht, als diejenigen, die da mitmachen? – Nicht, um Menschen in Schubladen zu packen, überhaupt nicht, aber wir wissen einfach, dass die Leute gerade überall unterwegs sind. Es ist dabei natürlich wichtig, dass nicht vergessen wird, dass das trotzdem stattfinden kann. Das wäre mir ein Anliegen dabei, das richtig einzunorden.

Was nicht beantwortet wurde, ist der Radius, wo genau die Zählung stattfindet. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Als letzte Wortmeldung, Herr Förster!

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank! – Ich habe auch drei kurze Nachfragen. Die eine ist mir in den Sinn gekommen, als Frau Paust noch mal sagte, dass man bei denjenigen, die sich engagieren und der Altersspanne – die Kollegin Wolff hatte es auch gerade angesprochen – nicht über so viele Erkenntnisse verfügt. Wissen wir denn aus den vorherigen Zählungen, ob die Ansprache der Obdachlosen erfolgreicher ist, je nachdem, wer sie anspricht? Ist die 70-jährige pensionierte Lehrerin unter Umständen erfolgreicher als der 17-jährige Auszubildende? Hat man dazu Erkenntnisse, dass bestimmte Personen bestimmte Obdachlosengruppen besser erreichen? Dann könnte man die Teams theoretisch so zuschneiden, dass man einen entsprechend größeren Erfolg hat oder einen schnelleren Zugang findet. Das ist eine Frage, die mir gerade während der Ausführungen kam.

Dann ist noch die Frage offen, ob die Umbenennung von „Nacht der Solidarität“ in „Zeit der Solidarität“ bei allen schon angekommen ist, beziehungsweise dass Sie noch mal erläutern, was dahintersteckt. Das kann gern Herr Schröder machen, wenn das die Senatsverwaltung mit vorangetrieben hat. Das weiß ich nicht.

Letzter Punkt: Ich bin prinzipiell gar nicht dagegen, auch festere Daten zu erheben, wenn sie dann helfen, auch die Angebote verbindlicher zu machen, die helfen. Das war nur die Frage an Sie, ob es sinnvoll wäre, verbindliche Kontaktdaten zu sammeln, damit man beim nächsten Mal sagt, Person XY hatten wir im letzten Jahr schon, wir können nachprüfen, ob die Angebote gefruchtet haben, ob sie maßgeschneidert gewesen sind oder nicht. Wenn Sie aus fachlicher Sicht sagen, das würde Ihnen helfen, hätte ich nichts dagegen, dass Sie verbindlichere Daten sammeln. Es war ja nur die Frage – Sie sollen uns ja klüger machen –, ob das aus Ihrer Sicht sinnvoll ist.

Vorsitzende Derya Çağlar: So, Frau Paust, Herr Vojtonovszki, zum Radius. Oder soll ich an SenIAS geben? Je nachdem. Herr Schröder von der Senatsverwaltung, Sie wollen anfangen? Sie können ja dann ergänzen. – Herr Schröder!

Christian Schröder (SenIAS): Zum Radius: Es wurde bei der ersten Zählung das gesamte Stadtgebiet abgelaufen. Das soll jetzt auch wieder so sein. Man muss berücksichtigen, dass die Randbezirke damals in größere Flächen eingeteilt waren. Der flächenmäßige Raum war deutlich größer. Es gibt verschiedene Überlegungen, die gerade noch in der konzeptionellen Planung sind, inwiefern man entweder Fahrradteams bildet, damit diese größere Räume abfahren können, oder hier und da verkleinert, weil die Spezifika einer Sommerzählung da mitreinzählen, die wir noch nicht wissen. Wir können noch nicht abschätzen, inwiefern sich die Obdachlosen weniger im Innenstadtbereich aufhalten und nachts mehr in die Außenbezirke gehen. Dazu gibt es bislang eigentlich nur Vermutungen. Bei der letzten Zählung war es so, dass zwei Drittel aller Obdachlosen innerhalb des S-Bahn-Rings angetroffen wurden und ein Drittel außerhalb; ein Drittel außerhalb auch nur, weil zahlenmäßig die Rummelsburger Bucht schon außerhalb des S-Bahn-Rings lag. Ansonsten haben sehr viele Teams außerhalb des Rings im Laufe der Nacht keinen einzigen Obdachlosen zu Gesicht bekommen.

Wir haben nicht erhoben oder in der Feedback-E-Mail abgefragt, inwiefern die Ansprache von älteren Damen erfolgreicher war. In keiner Weise haben wir das abgefragt. Es ist ja auch so, dass etwa ein Drittel aller Obdachlosen, die angetroffen wurden, befragt wurden, die diese fünf Kernfragen beantwortet haben. Was bei dem diesjährigen Konzept das Interessante ist, was der VSKA und die Freiwilligenagentur versuchen, ist es, die ehemaligen Obdachlosen

stärker einzubinden, als das bei der ersten Zählung erfolgt ist, bei der sie zwar auch im Beirat dabei waren, aber diesmal auch stärker schon in die Schulungen selbst einbezogen wurden, um die Sensibilität der Freiwilligen im Umgang mit den Obdachlosen zu erhöhen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Schröder! – Gibt es Ergänzungen? – Frau Paust!

Constanze Paust (Leiterin der FreiwilligenAgentur Marzahn-Hellersdorf): Ich würde noch mal zur Nachhaltigkeit kommen. Da das ja ein freiwilliges Engagement ist, ist es keine Verpflichtung für die Freiwilligen, alle Zählungen kontinuierlich mitzumachen oder sich in anderen Bereichen zu engagieren. Das heißt, die Freiwilligkeit steht ganz klar im Vordergrund. Wir können aus der Erfahrung heraus aber sagen, dass von den über 3 700 Freiwilligen, die sich damals für die „Nacht der Solidarität“ registriert haben, etwa 11 Prozent ein Interesse vermeldet haben, weiterhin mit ihren Kontaktdaten zur Verfügung zu stehen, um informiert zu werden und um gegebenenfalls an dieser nächsten Zählung – die sollte ja folgen, durch die Coronapandemie ist jedoch ein bisschen was durcheinandergelassen – teilzunehmen.

Das haben wir gemacht. Wir haben im Nachgang abgefragt, wer von ihnen gerne mit seinen Kontakten verbleiben möchte, weil wir ansonsten die Daten der Freiwilligen nach Ablauf des Projekts löschen. Das werden wir sicherlich auch wieder tun. Wir gehen davon aus, dass es immer einen Teil geben wird, und auf diesen Anteil, diese 11 Prozent, die weiterhin als Engagierte dabei bleiben wollen, in welcher Form auch immer, sind wir auch stolz. – [Stefan Förster (FDP): Und der Namenswechsel von „Nacht“ auf „Zeit“? Können Sie dazu noch etwas sagen?)] –

Zu dem kann ich jetzt explizit nichts sagen. Da würde ich gern Herrn Vojtonovszki das Wort geben.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Vojtonovszki, Sie haben das Wort!

Bálint Vojtonovszki (Verband für sozial-kulturelle Arbeit e. V.): Danke! – Zu den Fragen: Wir wollen die qualitativen und quantitativen Ansätze nicht mischen. Es wäre total spannend zu wissen, was die obdachlosen Menschen von den vorhandenen Angeboten halten, aber dafür braucht man Zeit und Vertrauen. Das ist eine Interviewfrage. Das können wir in einer Nacht mit 3 000 Freiwilligen in öffentlichen Räumlichkeiten nicht schaffen. Das wäre auch nicht sinnvoll. Aber wir planen, weitere wissenschaftlichen Ansätze in den nächsten zweieinhalb Jahren einzusetzen.

Wir haben uns für „Zeit der Solidarität“ entschieden, weil wir mehr wollen, als nur Zählungen zu machen und Daten zu erheben. Wir wollen, dass Berlin solidarisch handelt, und den Zusammenhalt der Menschen ein bisschen stärken und dadurch den obdachlosen Menschen helfen, denn ich bin der Meinung, dass die besten Angebote nichts schaffen können, wenn sich die Menschen nicht angesprochen fühlen. Das klingt vielleicht ein bisschen zu romantisch, aber es ist so. Vertrauen muss aufgebaut werden, und Menschen müssen sich angesprochen fühlen. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Dann sehe ich keine Wortmeldungen mehr. – Ich bedanke mich noch mal herzlich, dass Sie beide da waren, Herr Vojtonovszki und Frau Paust! Herzlichen Dank auch für Ihr Engagement! – Ich würde dann den Besprechungspunkt vertagen, bis wir das Wortprotokoll haben und es in einer der nächsten Ausschusssitzungen auswerten können. Bevor wir in die nächste Anhörung gehen, würde ich jetzt die Lüftungspause anschließen. Wir sehen uns wieder um 11.20 Uhr in diesem Raum. Viel Spaß! Alle müssen rausgehen, und bitte keinen Stecker ziehen! Im Gesundheitsausschuss hat wohl jemand einen Stecker gezogen, und die Lüftungsanlagen haben nicht funktioniert – nur zur Info!

[Lüftungspause von 11.02 Uhr bis 11.24 Uhr]

Somit wären wir dann bei

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0021](#)
Engagementkoordination in der Arbeit mit den EnBuMe
Geflüchteten aus der Ukraine
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Hierzu wurde ebenfalls um die Teilnahme der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales gebeten. Da ist Herr Klaus-Peter Licht immer noch im Hause. Herzlichen Dank dafür! Schönen Dank, dass Sie da sind! – Als Anzuhörende möchte ich Frau Oleksandra Bienert von der Allianz Ukrainischer Organisationen begrüßen. Herzlich willkommen! Schön, dass

Sie Zeit haben! – Ich nehme an, dass auch hier ein Wortprotokoll gewünscht wird. – Ich sehe Nicken. Wird eine Begründung des Besprechungsbedarfs durch eine der antragstellenden Fraktionen gewünscht? – Frau Wolff, Sie haben das Wort!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich freue mich sehr, dass Frau Bienert heute Zeit gefunden hat, hierherzukommen. Allein der Titel des Tagesordnungspunkts sagt schon eine ganze Menge aus, nämlich dass es darum geht: Wie wird das alles koordiniert? Gerade Sie sind ja aktiv und bekannt, auch aktiv mit Geflüchteten aus der Ukraine. Das ist jetzt für uns ein sehr wichtiges und sehr dringendes Thema. An dieser Stelle noch mal einen herzlichen Dank überhaupt für das Ganze und Ihren Einsatz!

Ich muss zugeben, ich habe etwas über Sie nachgelesen habe und das sehr interessant fand – vielleicht sagen Sie mir, ob das auch so ist –, nämlich dass Sie eine Doktorarbeit schreiben zum Thema „Frauenbiografien: Lebenswelten Schriftstellerinnen, Künstlerinnen und weibliche Intellektuelle aus der Ukraine im Berlin der Zwischenkriegszeit.“ Das fand ich sehr interessant – also wer weiß, vielleicht sehen wir uns noch mal in einem anderen Ausschuss. Vielen Dank, dass Sie heute da sind! Ich freue mich auf den Austausch.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Wolff! – Frau Bienert! Bevor Sie das Wort bekommen, würde ich gern dem Senat für eine einleitende Stellungnahme das Wort geben. – Frau Trăsnea, Sie haben das Wort!

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKZl): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte in Kürze noch mal darlegen, welche Maßnahmen wir in der Ukraine-Hilfe als Senatskanzlei, als Senat auf den Weg gebracht haben. Natürlich bewegen uns alle die erschütternden Bilder aus der Ukraine unentwegt und weiterhin tief, und unsere Solidarität gilt uneingeschränkt den Menschen in der Ukraine, die so sehr unter diesem völkerrechtswidrigen Krieg leiden, und den vielen Geflüchteten, die sich auf den Weg gemacht haben zu Zufluchtsorten in Europa und eben auch bei uns in der Stadt Berlin angekommen sind.

Gleichzeitig ist es beeindruckend, wie viele Menschen helfen wollen, die Not zu lindern, wie viele zusammenkommen. Das ist zuallererst die ukrainische Zivilgesellschaft, das sind die vielen Menschen in Polen, die die ukrainischen Nachbarn solidarisch unterstützen. Auch in ganz Deutschland und in Europa gibt es sehr viel Solidarität in diesen etwa fünf Wochen seit Ausbruch des Krieges.

Wir als Berliner sehen eine besondere Verantwortung, die wir hier tragen. Wir sehen uns als Stadt der Freiheit, auch aufgrund unserer Geschichte als Stadt, die immer wieder mit sehr vielen Umbrüchen umgehen musste. Auch in der Gegenwart sehen wir uns als sicheren Ort für Menschen aus aller Welt, die ihre Heimat verlassen müssen, weil sie sonst unterdrückt, verfolgt, Gräueltaten ausgesetzt oder gar getötet werden.

Wir erleben auch, dass Berlin zu einer Stadt des Exils wird. Auch für uns als Landesregierung ist es selbstverständlich, dass es nicht nur bei Symbolen und Gesten der Solidarität bleibt, sondern wir haben auch ganz konkret mit tatkräftiger Unterstützung hier Flagge gezeigt. Ich möchte das kurz Revue passieren lassen. Wir haben schon am 23. Februar das Brandenburger Tor in den Farben der ukrainischen Flagge angestrahlt. Das ist seit 2017 nicht mehr passiert.

Das ist eines der höchsten Zeichen im Rahmen der Städtediplomatie, das die Regierende Bürgermeisterin setzen kann. Auch am Tag des Ausbruchs des Krieges ist das erfolgt.

Seitdem haben wir auch einen ganz aktiven Kontakt zur ukrainischen Community und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir haben mit Medienarbeit und Solidaritätsbekundungen immer wieder auch den moralischen Aspekt adressiert, dass Menschen nicht alleine sind, dass wir das Unrecht klar benennen und alles tun werden, um den Menschen zu helfen, die hier ankommen.

Wir haben uns auch mit europäischen Partnerstädten auf der Fachebene eng abgestimmt, und in den nächsten Wochen führen wir weiterhin diplomatische Gespräche.

Wir hatten Gespräche auf der Ebene der Regierenden Bürgermeisterin mit dem ukrainischen Botschafter. Wir hatten noch weitere Delegationen im Roten Rathaus empfangen. Der polnische Gesandte wird in der kommenden Woche wieder bei uns zu Gast sein. Die Regierende Bürgermeisterin wird unsere Partnerstadt Warschau einmal besuchen. Um noch einmal die Dimension darzulegen: In Polen halten sich inzwischen etwa 2,5 Millionen Geflüchtete auf. Durch unsere Städtepartnerschaft ist es uns ein besonderes Anliegen, uns auszutauschen und zu sehen, wie wir den Ukrainerinnen und Ukrainern und den Menschen, die aus der Ukraine flüchten, helfen können, voneinander lernen können und uns gegenseitig unterstützen.

Wir haben bei der Großdemonstration, von der Frau Bienert gesprochen hat, Flagge gezeigt. Wir haben viel im Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen gemacht. Am 1. März haben wir unterschiedliche Organisationen – Vitsche, Libereco, Frau Bienert war dabei – zu einem ersten Gespräch mit der Regierenden Bürgermeisterin eingeladen. Dort hatten wir zugleich oppositionelle russische demokratisch gewandte Menschen mit an den Tisch geholt, weil wir gesagt haben, wir wollen für den sozialen Frieden in der Stadt diese Brücke gemeinsam begehen.

Wir haben seitdem auch einen zivilgesellschaftlichen Beirat bei der Regierenden Bürgermeisterin einberufen. Dort ist auch die Allianz der ukrainischen Organisationen vertreten. Wir haben darüber hinaus regelmäßige Abstimmungsgespräche zwischen der Verwaltung, den Bezirken, der Liga, Trägern von Stadtteilzentren, Freiwilligenagenturen, Quartiersmanagementgebieten und BENN-Büros. Diese finden weiterhin statt.

Wir haben in dieser Krise zum ersten Mal erlebt, dass der Bereich der internationalen Beziehungen mit dem Bereich Engagement verflochten ist und das aktiv über unsere Kommunikationskanäle, über „mein.berlin.de“, „bürgeraktiv“ zu begleiten und zu unterstützen, auf ukrainischer Sprache Informationen zu vermitteln, erfordert eine enge Zusammenarbeit. Dafür bin ich dankbar. Ich bedanke mich auch bei allen zivilgesellschaftlichen Akteuren, bei den Helferinitiativen und darüber hinaus bei der Alliance for Ukraine. Ich freue mich umso mehr, dass Frau Bienert heute bei uns zu Gast ist und weitere Einblicke gewähren kann in das umfangreiche Engagement, das gerade geschieht. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Herr Freymark! Ich nehme an, die Wortmeldung ist für später. Okay! – Frau Bienert! Sie haben endlich das Wort. Schön, dass Sie da sind! – Bitte schön!

Oleksandra Bienert (Allianz Ukrainischer Organisationen): Vielen Dank! – Vielen Dank für die Einladung! Es ist eine große Ehre für mich, hier zu sprechen. Ich bin eine große Verfechterin der Demokratie und freue mich in der Tat, Sie alle zu sehen. Ich darf mittlerweile hier wählen, und ich wollte auch deswegen den deutschen Pass, damit ich hier wählen darf.

Sehr geehrte Ausschussvorsitzende Çağlar! Sehr geehrter Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Staatssekretärin Trăsnea! Sehr geehrte Mitarbeiter der Senatskanzlei und der Senatsverwaltung! In der Tat ist unsere Stadt zurzeit die Stadt des Exils geworden. Das haben Frau Wolff und Frau Trăsnea sehr treffend ausgedrückt. Ich schreibe eine Doktorarbeit zu den Geflüchteten vor hundert Jahren. Ich mache das aus Überzeugung, dass es nicht wieder passieren dürfte. Es ist nun mal wieder passiert. Noch ein kurzes Wort dazu: Damit es sich nicht noch wei-

terentwickelt und nicht noch mal passiert, müssen wir alle ein klares Wort sagen und die Sachen beim Namen nennen. – Nur so weit von mir.

Nun zum Engagement und zu der Frage, warum ich eingeladen wurde. Die Hilfsorganisationen der Stadt haben sich verbündet. Unsere Allianz Ukrainischer Organisationen besteht aus zehn ukrainischen NGOs, die bereits vor der russischen Invasion – der Krieg dauert schon seit 2014 – in Berlin bestanden haben. Manche haben sich vor Kurzem gegründet wie Vitsche. Wir haben uns auch mit Berliner NGOs verbündet wie „Berlin hilft“, „Moabit hilft“ und „Schöneberg hilft“ und sind in einem regen Austausch und Kontakt. Am 10. April ist eine große Veranstaltung in der Markthalle Neun in Kreuzberg geplant, wo wir das physische Engagement, was von der Stadt Berlin selbst und der ganzen Zivilgesellschaft geleistet wird, physisch spiegeln möchten. Dazu lade ich Sie herzlich ein.

Nun zur Sache, wie gerade die Lage ist und was verbessert werden könnte: Sie wissen, von den Menschen, die zu uns kommen – Sie haben wahrscheinlich über diese Forschung gelesen und das überschneidet sich mit unseren Beobachtungen –, sind die meisten Frauen, Frauen mit Kindern. Mehr als die Hälfte davon sind Frauen mit Kindern. Sie haben fast alle Hochschulabschlüsse. Vermutlich Dreiviertel von denen, die in privaten Unterkünften wohnen, und das ist ein sensibler Punkt, auf den ich gleich eingehen möchte – Ich möchte ganz ehrlich und direkt zu Ihnen sein. Es wird so sein, dass diese Menschen, die hier seit einigen Wochen in privaten Unterkünften wohnen, hier bleiben werden. Sie suchen eine Möglichkeit, in Berlin zu bleiben. Was wir in der Tat verhindern müssen und nicht wieder machen dürfen, wie es vor Kurzem mit dem Hotel „Generator“ passiert ist, dass Menschen, die seit fünf oder vier Wochen da sind, plötzlich mit Bussen zum LAF gefahren werden müssen, um von dort weiterverteilt zu werden. Das ist nicht gut, und das darf nicht passieren. Ich kann Ihnen nur sagen: Die Menschen suchen eine Möglichkeit, hier zu bleiben und hier zu arbeiten. Es wird so sein, dass viele private Wohnungsvermittler da sind. Sie müssen alle geprüft werden. Ihre IDs müssen geprüft werden, das ist alles klar, nur können wir nicht alle Menschen zum LAF schicken. – Das vielleicht als Einstieg.

Zum anderen ist es so: Die Unterbringung geflüchteter Personen obliegt dem Land Berlin – das ist uns alles klar – und wird vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten wahrgenommen und gesteuert. Das LAF zieht sich aber seit einigen Tagen raus, was diese Fragen von Menschen angeht, die schon länger da sind. Die Bezirke wissen nicht, das kann ich Ihnen sagen, weil ich in der Stadtteilkoordination in Marzahn-Hellersdorf arbeite und in Kreuzberg wohne, wohin mit diesen Menschen. Die Menschen suchen nach einer Möglichkeit, hier private Unterkünfte zu beziehen. Die Seite „unterkunft-ukraine.de“, die ganz viele Unterkünfte gesammelt hat, funktioniert nicht. Wir haben uns mit den Betreibern getroffen. Das sind fantastische Menschen. Sie haben bestimmt sehr gute Absichten. Ich kann das später erklären, falls Bedarf besteht, warum sie nicht funktioniert. Da werden per Hand und per Telefon und nicht automatisch Wohnungen vermittelt, und das funktioniert leider nicht. – Das zum Zweiten.

Zum Dritten: Es gibt ein paar technische Geschichten, die verändert werden müssten. Ich nenne sie technische Herausforderungen oder Geschichten, weil ich denke, dass das veränderbar ist. Die Sozialämter verlangen immer noch, dass Menschen sich in der Schlange anstellen und wollen nicht vorher ausgefüllte Onlineformulare haben. Das ist Unsinn, denn die Menschen kommen 3 Uhr nachts und stellen sich an. Sie können es nicht alle tun. Es können 100

bis 200 Menschen pro Tag empfangen werden. Die Sozialämter müssen dringend digitalisiert werden, und ich glaube, das ist möglich und etwas, was wir verändern können.

Das Zweite ist: Wir beobachten, dass viele sowohl in den Sozialämtern – ich kann Beispiele nennen – als auch im LAF die Weisungen des Senats oder der Senatskanzlei, von wem auch immer sie kommen, nicht ganz befolgen. Es wird nicht klar kommuniziert. Ich weiß nicht, wie wir das verbessern können. Wir müssen vermeiden, dass den Menschen, die zum Sozialamt kommen, gesagt wird: Sie müssen sich zuerst beim LEA registrieren haben. – Wir müssen es vermeiden, dass Unklarheiten bestehen. Mein Plädoyer wäre hier: Jeder von den Verwaltungen soll gut geschult werden, und jeder sollte am Anfang des Tages einen aktuellen Stand haben, was Sache ist, denn wir haben Hinweise, dass die Sozialämter Menschen entweder wegschicken, sie mit falschen Informationen versorgen oder zum Beispiel Drittstaatlern einfach sagen: Ja, ihr könnt hier einen Asylantrag stellen –, was falsch ist für die Drittstaatler aus der Ukraine, weil sie wegen des Krieges geflohen sind.

Ich weiß, dass ich nicht so viel Zeit habe, deswegen beeile ich mich ein bisschen. – Dann haben wir die Frage, die mir sehr am Herzen liegt, und zwar die Frage von vulnerablen Gruppen. Wir haben klare Hinweise darauf, dass Romafamilien diskriminiert werden. Sie werden aus dem Zelt am Hauptbahnhof, ich habe dort auch freiwillig übersetzt – – Nicht immer, aber es gibt direkte Hinweise darauf, dass sie dort rausgedrängt werden oder die Familien, die in die Busse einsteigen wollen, getrennt werden oder Sonstiges. Da besteht definitiv ein Handlungsbedarf, und dieser Handlungsbedarf kann nicht sein, dass wir jetzt für Roma ein Extrazelt aufbauen, denn das ist natürlich Quatsch. Roma sind ein Teil unserer europäischen Gesellschaft, und wir müssen es schaffen, dass wir sie diskriminierungsfrei behandeln.

Zu den vulnerablen Gruppen zählen ebenfalls Menschen, die pflegebedürftig sind. Zurzeit läuft es so, dass sie sich zuerst um 3 Uhr nachts bei den Sozialämtern anstellen und dann erst in die Pflegeeinrichtung dürfen. Das muss umgedreht werden, das muss anders gehandhabt werden.

Zum Letzten vielleicht auf zur Metaebene, was das Engagement in Berlin in der ukrainischen Community angeht. Wir haben sehr viele Menschen, die hier engagiert sind, und sehr viele Menschen sind an der Schwelle zum Burnout. Wir haben einen Stab im Pilecki-Institut. Wir haben jetzt temporäre Räume im Zalando am Postbahnhof. Wir haben, und das hat direkt mit dem neokolonialen und neoimperialen Krieg Russlands gegen die Ukraine zu tun, ein ganz langen Blick aus Deutschland auf die Ukraine gerichtet, was mit dieser neokolonialen Sicht zu tun hatte. Wir haben hier kein Communityzentrum für die Ukrainer und Ukrainerinnen. Es ist unser Appell an Sie alle, dies zu ändern. Man kann entweder Räume in Wilmersdorf im Schoeler-Schlösschen oder in anderen Bezirken finden. Überall, wo wir nachfragen, können wir keine größere Anlaufstelle aufbauen, und das muss geändert werden.

Ebenso möchte ich vor diesem Hintergrund den Autokorso mit russischen Fahnen ansprechen, der aus 400 Autos bestand. Die russischen Fahnen sind nicht verboten. Die Menschen mit russischen Fahnen, die mit uns für Menschenrechte vor der russischen Botschaft auf die Straße gegangen sind, sind weiterhin dabei, aber es darf nicht sein, dass in dieser Zeit, wo ganz viele traumatisierte Menschen nach Berlin kommen, so ein Korso erlaubt wird. Das hat nichts mehr mit Meinungsfreiheit zu tun. Das hat mit Pietätslosigkeit der Stadt zu tun. Das muss

geändert werden. – Ich bedanke mich und freue mich, auf Ihre Nachfragen zu antworten oder Ihre Kommentare zu hören!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Hat der Senat noch Ergänzungen zum Wortbeitrag von Frau Bienert? – Ja!

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKZl): Sehr gern! Vielen Dank, Frau Bienert, für Ihre Darlegungen der aktuellen Belange und Bedarfe. Wir sind regelmäßig im Austausch.

Um ein paar Punkte deutlich zu machen: Ja, es sind die Sozialämter, die gerade eine enorme Last tragen. Gestern waren es über 31 000 Personen, die Sozialleistungen beantragt und diese bekommen haben. Wir haben darüber hinaus aber deutlich gemacht, dass die Regierende Bürgermeisterin in Verhandlungen mit dem Bund immer wieder deutlich macht, dass wir eine Überführung ins Sozialgesetzbuch II benötigen, um ganz andere Möglichkeiten der Integration möglich zu machen, dass wir über die Jobcenter auch Angebote der Berufsorientierung und der Anerkennung der Qualifikation etc. direkter machen können und deutlich mehr personelle Ressourcen haben. Das ist alles in der Verhandlung. Wir hoffen morgen auf ein Ergebnis und werden sicherlich darüber weiterhin berichten.

Das Problem des Antiziganismus ist bei uns auch angekommen. Wir nehmen das wahr. SenIAS kann gegebenenfalls noch etwas dazu ausführen. EOTO ist am Bahnhof dort vor Ort mit einem eigenen Stand. Auch bei der Integrationsbeauftragten Niewiedzial ist das ein Thema, wo in den Runden ganz viele Roma-Organisationen konkret an Lösungen mitarbeiten, wie wir das adressieren.

Wir haben Herrn Greve (phonet.) von „Each One Teach One“ im zivilgesellschaftlichen Beirat dazu geladen, um diese Expertise explizit mit einzubinden.

Über das Bedürfnis nach einem ukrainischen Haus oder nach einem festen Ort für die ukrainische Community reden wir schon. Die Zwischenlösung, die wir als Senatskanzlei ermöglichen konnten, ist, dass Zalando die Räume am Postbahnhof hierfür zumindest temporär anbietet, und wir arbeiten weiterhin an einer gemeinsamen Lösung, aber wir sind auch dankbar für Hinweise aus Ihrer Sicht.

Zu dem Letzten, Frau Bienert, muss ich Ihnen sagen, dass diese Demonstration rechtens angemeldet worden und vollkommen durch das Demonstrationsrecht gedeckt ist. Was wir machen konnten und was Senatorin Spranger unmittelbar veranlasst hat, war, polizeilich gegen diejenigen zu ermitteln, die das „Z“-Zeichen verwendet haben, was ein proaktives Zeichen der Unterstützung dieses Vernichtungskrieges, dieses Angriffskrieges ist. Das benennen wir ganz klar, aber wir sagen auch: Alle diejenigen, die die Demokratie missbrauchen, genießen die Gepflogenheiten eines Rechtsstaates, und dazu zählt auch das Demonstrationsrecht, und dazu stehen wir auch.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Jetzt hat Herr Freymark das Wort.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ganz herzlichen Dank an Sie, Frau Bienert, für Ihr ungewöhnliches Engagement. Sie haben jede Wertschätzung, jede Unterstützung verdient. Der heutige Tagesordnungspunkt heißt „Engagementkoordination in der

Arbeit mit den Geflüchteten aus der Ukraine“. Man kann nur mit Engagement und zivilgesellschaftlicher Wertschätzung arbeiten, wenn eine gewisse Verbindlichkeit und Verlässlichkeit dabei ist. Ich finde, den Wunsch nach einem festen Ort sehr gut und möchte ihn gern unterstützen. Wir haben in Lichtenberg mit dem Campus für Demokratie, der ehemaligen Stasi-Zentrale, einen Leerstand von ca. 80 Prozent, weitestgehend im Privatbesitz, aber ich glaube, das sind Zeiten, wo wir die Dialogbereitschaft stärken müssen. Das wäre in der Magdalenenstraße eine konkrete Option, und gern biete ich an, das im Nachgang im Gespräch zu halten.

Ich habe den Tagesordnungspunkt auch deswegen vorgelesen, weil in den letzten Wochen tatsächlich einige Ärgernisse und Missverständnisse aufgetreten sind. Ich habe den höchsten Respekt vor der Regierenden Bürgermeisterin und Staatssekretärin Träsnea, denn ich weiß aus der Beobachtung, wie anspruchsvoll es sein kann, wird oder ist. Zugleich sehe ich aber auch, dass jetzt in der Kürze der Zeit auch Fehler gemacht werden, und das ist ein Stück weit nachvollziehbar. Die Frage ist: Wie geht man mit Fehlern um? Welche Kultur entwickelt man daraus?

Ich finde es so wichtig, dass die soziale Komponente bei der Bewertung von Geflüchteten, eine wichtige Rolle spielt. Sie haben das Hostel „Generator“ angesprochen. Das steht stellvertretend für viele Hostels, wo Menschen in sehr kurzer Zeit darauf hingewiesen wurden, dass sie nach längerem Aufenthalt in Berlin gehen sollen, übrigens mit der klaren Ansage: Ihr geht –, also keiner Perspektive, keiner Hoffnung am Standort Berlin. Jetzt bin ich nicht so doof zu glauben, dass alle bleiben können. Es gibt den Königsteiner Schlüssel, um die Länder ein Stück weit vor Überforderung zu schützen, aber er dient auch der Orientierung, damit jeder weiß: Okay, das ist die Zahl derer, die wir aufnehmen können. – Ich habe verstanden, dass die Senatskanzlei gesagt hat, wir nehmen sogar mehr auf, weil schon so viele da sind, die wir gar nicht alle wegschicken können und wollen.

Langer Rede kurzer Sinn: Wenn wir bürgerschaftliches Engagement wertschätzen, wenn wir das, was Sie gesagt haben, Frau Bienert, wertschätzen, wenn wir wirklich helfen wollen, dann müssen wir denen, den wir seit drei, vier, fünf Wochen hier schon Aufenthalt gewährt haben, denen wir dienlich waren und wo sich Strukturen in sehr kurzer Zeit entwickelt haben, besser gerecht werden, wenn uns das etwas wert ist. Wenn uns das nichts wert ist, dann ist das eine Nummer im System, dann wird einfach umverteilt, und wenn der eine Glück hat, hat er Glück, und wenn der andere Pech hat, hat er Pech. Deswegen wünsche ich mir, dass wir da zu einem Verfahren kommen. In meinem konkreten Fall in Lichtenberg gab es eine soziale Komponente. Die waren alle angebunden an eine christliche Gemeinde. Die haben seit über zehn Jahren engeren Kontakt. Man kennt sich. Die sind hier hergekommen, weil sie hierher wollten und sollten trotzdem gehen. Übrigens, keiner ist gegangen, und es wird auch keiner von denen gehen. Davon bin ich fest überzeugt und unterstütze dieses Engagement.

Die konkrete Frage hier in die Runde: Wie gehen wir mit zivilgesellschaftlichem Engagement um? Ist es uns etwas wert? – Dann müssen wir etwas dafür tun. Frau Bienert! Wie geht es jetzt weiter in der Frage? Wie können wir Sie noch besser bei Ihrer Arbeit unterstützen? Was wünschen Sie sich neben der konkreten Anlaufstelle, und wie können wir diesen Austausch, den es offensichtlich schon gibt, vielleicht noch an anderen Stellen intensivieren? Die Solidarität und Unterstützung der CDU-Fraktion haben Sie ganz sicher.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Frau Breitenbach! Sie haben das Wort.

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Ich bedaure es etwas, dass wir über viele Sachen geredet haben, über die man auch reden muss, aber die wenig mit der Engagementkoordination zu tun haben, die vielleicht in anderen Ausschüssen aufgerufen werden sollen, aber trotzdem reden wir jetzt hier darüber.

Es gibt für mich einen Punkt, Frau Bienert, den ich total gut verstehe. Man kann das an dem Beispiel deutlich machen, das Herr Freymark eben gesagt hat. Die Menschen, die alles aufgegeben haben, die nach Berlin kommen, kennen in der Regel Berlin vom Hören. Die wenigsten kennen vielleicht Würzburg, Kassel oder Nürnberg. Regensburg war jetzt das eine Beispiel. Dann kommt jemand und sagt: Es gibt den Königsteiner Schlüssel. Geht mal woanders hin. – Dass die dann nicht freudestrahlend in den Bus springen, kann ich gut verstehen, denn ich bin auch nicht in Nürnberg, Würzburg oder Kassel, sondern in Berlin, und trotzdem glaube ich, dass es gut wäre, hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Wir alle kennen die Situation in Berlin, was den Wohnungsmarkt angeht. Wir alle wissen auch, dass die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft trotz hoher Standards einfach nicht zu „Schöner Wohnen“ gehört, dass es immer schwierig ist, sich von einer Flüchtlingsunterkunft aus eine Existenz aufzubauen. Wir alle wissen aber auch, dass es hier ein unglaublich großes Engagement gibt und eine unglaublich große Unterstützung. Deshalb brauchen wir eines: Wir brauchen tatsächlich eine bessere Kommunikation, und zwar von allen Seiten, wo man den Menschen sagt: In Regensburg beispielsweise wirst du folgendermaßen untergebracht – oftmals ist es übrigens auch eine Wohnung in Kleinkleckersdorf und nicht eine Flüchtlingsunterkunft –, du hast dort auch Beratung und Unterstützung, weil es Ehrenamtliche, Verbände und Initiativen gibt –, dass man den Menschen deutlich macht, was sie erwartet. Ich glaube, dass oftmals der Einstieg in ein neues Leben auch in Regensburg, Nürnberg oder Kassel vielleicht einfacher ist als in Berlin. – Das ist der eine Punkt. Wenn die Menschen aber nicht wollen, dann wollen sie nicht, Herr Freymark.

Jetzt kommen wir zu dem Problem, das Sie gesagt haben. Ich kann es übrigens gut verstehen, wenn die Menschen für einen Zeitraum x in einem Hotel untergebracht sind, dass sie sagen: Wir wollen zusammenbleiben. Wir wollen hierbleiben, denn das ist ganz angenehm, und wir gehen nicht woanders hin. – Das ist ihr gutes Recht. Jetzt kommen wir zu dem Aber, und da würde ich gerne wissen, was die CDU-Fraktion sagt, wenn der Senat jetzt sagen würde: Klar, die wollen hier bleiben. Die gehören alle zu einer Gemeinde – das ist alles individuell verständlich –, wir bezahlen so lange das Hostel, bis die alle eine Wohnung gefunden haben und gucken dann weiter. – Da wissen wir, dass es andere Menschen, andere Kriegsflüchtlinge gibt, die das für sich auch in Anspruch nehmen wollen, auch zu Recht. Dann haben wir irgendwann ein Problem. Das wird dann, glaube ich, auch die CDU-Fraktion nicht mehr mittragen. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass der Senat – dazu kann Frau Träsnea vielleicht noch etwas sagen – hier eindeutige Regelungen geschaffen hat für die Menschen, die hier bleiben können. Was heißt das für die Menschen, die hier bleiben können? Menschen aus der Ukraine können so und so hierbleiben, das ist überhaupt keine Frage. Da gibt es klare rechtliche Regelungen. Ob sie allerdings dauerhaft versorgt werden und anderes, steht auf einem anderen Blatt. Alles wäre viel einfacher, wenn es mehr Unterstützung vom Bund geben würde. Deshalb bitte ich um Verständnis, in welcher schwierigen Situation sich der Senat befindet, um solche Entscheidungen zu treffen. Deshalb hätte ich mich gefreut, Herr Freymark, wenn Sie – Sie waren eingebunden – und auch die Kirchengemeinde vielleicht noch eine Möglichkeit gefunden hätten, was man machen kann, außer dass man sagt, wir mieten das Hostel für einen unbegrenzten Zeitraum. Das ist ein Problem. Ich habe viele Fragen. Ich habe keine Antwort-

ten, aber ich muss immer wieder versuchen, Lösungen zu finden. Deshalb verstehe ich vielleicht die schwierige Situation, in der der Senat jetzt ist, wo tagtäglich über tausend Menschen untergebracht werden mussten, was eine unglaubliche Leistung war, dass es geschafft wurde. Es war übrigens eine unglaubliche Leistung der vielen Ehrenamtlichen, die wieder sofort standen, sich gekümmert haben, die Menschen versorgt haben, dieses Mal auch in einer besseren Zusammenarbeit. Darüber müssen wir reden, ja, aber wir müssen umsetzbare Lösungen finden.

Ich teile übrigens Ihre Position, dass viele der Kriegsflüchtlinge hier bleiben werden. Wir können nicht davon ausgehen, dass dieser völkerrechtswidrige und bestialische Krieg in kurzer Zeit beendet wird. Das heißt, es wird noch mehr Zerstörung geben, es wird mehr Tote geben, und irgendwann stehen überwiegend Frauen mit ihren Kindern hier und müssen sich überlegen, ob sie in das Nichts zurückgehen oder ob sie die Zwischenzeit nutzen, um sich hier ein Leben aufzubauen. Das werden viele machen, und dabei sollten wir sie unterstützen, und da ist es wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, das in den unterschiedlichen Ausschüssen anzusprechen, wie wir sie unterstützen, denn, nein, die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ist nicht allein dafür zuständig, sondern auch andere Senatsverwaltungen.

Antiziganismus ist übrigens kein neues Phänomen. Ich erinnere Sie nur, und an all Ihre Kritikpunkte erinnere ich Sie auch, als die Menschen aus Moldawien kamen, unter ihnen sehr viele Roma- und Sintifamilien. Ich erinnere nur daran, was für ein Aufschrei in dieser Gesellschaft war, und wir können nur sagen: Ja, auch diese Menschen haben einen Anspruch, ihr Recht in Anspruch zu nehmen, und dabei werden wir sie unterstützen. Das haben wir damals gemacht. Der Senat macht es auch heute, und viele Teile der Stadtgesellschaft machen es heute, aber den Antiziganismus gibt es nicht erst seit gestern, und tatsächlich muss man hier genauer überlegen, was man macht. Sie haben gesagt, da darf es kein Extrazelt geben. Ich meine auch nicht, dass es ein Extrazelt geben muss, aber man braucht eine besondere Beratung, weil sie in einer besonderen Situation sind. Da wird, glaube ich, nach Lösungen gesucht, aber auch dazu kann noch etwas gesagt werden.

Ich kann jetzt gar nicht alle Punkte aufrufen, was die Sozialämter angeht. Die Sozialämter sind auch nicht erst seit dem Überfall Russlands der Ukraine überfordert, sondern das war schon vorher so. Ich weiß aus dem Bezirk Pankow, dass zwei Kolleginnen zuständig gewesen wären, um Leistungen auszuzahlen. Das wurde jetzt aufgestockt. In anderen Bezirken war das auch so. Das war nichts, worauf man sich einstellen konnte. Das musste von hier auf jetzt geregelt werden, und von daher finde ich, denn wir haben ein Vergleich von vor einigen Jahren, dass es echt gut läuft, bei allen Problemen, die es gibt, überhaupt gar keine Frage.

Zu Ihrem Punkt, dass Sie ein Communityzentrum haben wollen. Ich habe nicht verstanden, ob Sie wie andere Communities auch sagen: Wir brauchen ein Communityzentrum dauerhaft –, oder ob Sie sagen: Wir brauchen jetzt sehr schnell Räumlichkeiten, weil wir die ganzen Neuberlinerinnen und Neuberliner, die jetzt kommen, entsprechend beraten und begleiten müssen. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu etwas sagen würden. Ansonsten finde ich, wir haben ganz viele Stadtteilzentren in dieser Stadt, inwieweit es da vielleicht möglich ist, eine entsprechende Kooperation einzugehen und Räume zu finden. Räume in dieser Stadt, Sie wissen es, die gibt es kaum für nichts, also wäre das vielleicht eine Möglichkeit. Aber ich habe nicht verstanden, was Sie suchen, weil es sehr viele Communities gibt, und wir haben noch andere

Geflüchtete in dieser Stadt, die auch sagen, wir brauchen Räumlichkeiten. Wir können niemandem helfen, und deshalb suche ich immer nach sehr schnellen Lösungen.

Zum Schluss möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen für Ihr Engagement bedanken, wie auch bei allen anderen Ehrenamtlichen, die sich selbst organisiert und geholfen haben. Eines ist klar: Wir hätten es in dieser Stadt ohne das ehrenamtliche Engagement nicht so stemmen können. Ansonsten gibt es bestimmt viele Sachen, die verbessert werden müssen. Darüber muss man immer reden, aber ich glaube, wir haben die letzten Wochen und Monate erlebt, dass es eine Bereitschaft von allen gibt, Verbesserungen herbeizuführen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank, Frau Breitenbach! – Herr Omar! Sie haben das Wort. Dann folgt Frau Wolff.

Jian Omar (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Bienert, für Ihr Engagement, Ihre Ausführungen und das Engagement der Allianz! Ich habe mich mit einigen Vertreterinnen und Vertretern in den letzten Wochen getroffen und gesehen, was für großartige Arbeit geleistet wird mit anderen Gruppen, die am Hauptbahnhof und anderen Zentren für Geflüchtete unterwegs sind.

Der Besprechungspunkt war „Engagementkoordination“, aber die CDU hat wieder diesen Punkt aufgemacht. Wir hatten diesen Punkt eigentlich ausführlich im Integrationsausschuss, Herr Freymark. Da haben Ihre Kollegen das Thema aufgemacht, und wir haben es ausführlich besprochen. Nun machen Sie diesen Punkt wieder in diesem Ausschuss auf. Es geht darum, dass wir diese Menschen ordentlich versorgen wollen. Ich bin froh und stolz darauf, dass viele Menschen hier in Berlin bleiben wollen. Berlin ist ein sicherer Hafen für alle Geflüchteten, und das soll auch so bleiben. Aber wir müssen dafür Sorge tragen, dass diese Menschen auch langfristig und mittelfristig versorgt werden können. Wir müssen die Folgeaufgaben, die damit einhergehen, organisieren, das heißt, Kitaplätze, Willkommensklassen in den Schulen und Sonstiges. Das sind alles Folgeaufgaben, die damit einhergehen, wenn wir Menschen hier aufnehmen und ihnen das Versprechen geben, dass wir sie ordentlich versorgen werden. Die aktuellen Zahlen sagen, dass Berlin insgesamt 16 Prozent der ukrainischen Geflüchteten aufgenommen hat, obwohl nach dem Königsteiner Schlüssel nur 5 Prozent in Berlin bleiben dürfen. – [Danny Freymark (CDU): Sie haben mir nicht zugehört! Sie sind schon fünf Wochen hier!] – Doch, ich habe Ihnen zugehört, aber Sie wollen es nicht verstehen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Freymark!

Jian Omar (GRÜNE): Die meisten Menschen, die nach Berlin gekommen sind – –

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Freymark!

Jian Omar (GRÜNE): Hören Sie mal zu! Ich habe Ihnen auch zugehört. – [Danny Freymark (CDU): Nein!] –

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Freymark! Er hat Ihnen auch zugehört.

Jian Omar (GRÜNE): Sie müssen zuhören. Sie haben lange Ausführungen gemacht.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Freymark! Ich bitte Sie, sich zurückzuhalten. – [Danny Freymark (CDU): Zum 25. Mal!] –

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Freymark! Sie haben hier auch etwas erzählt, was im Integrationsausschuss schon vorgetragen wurde, und wir haben zugehört. Ich bitte Sie, sich zurückzuhalten.

Jian Omar (GRÜNE): Dass Sie das nicht hören wollen, kann ich verstehen, aber Ihre Argumente sind nicht – – [Danny Freymark (CDU): Beschäftigen Sie sich doch mit dem Anzuhörenden!] – Nein! Es geht darum, dass wir diese Menschen hier ordentlich versorgen, und das wollen Sie nicht angehen. Diesen Punkt wollen Sie nicht besprechen, weil Sie diesen Punkt aufmachen, ohne dass Sie die Folgeaufgaben besprechen. Sie können uns nicht sagen, wie wir

die zusätzlichen Schulplätze organisieren wollen. Wir haben in Berlin, wie Frau Breitenbach geschildert hat, ein Wohnungsproblem.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Freymark! Ich bitte Sie, nicht dazwischenzurufen. Lassen Sie es doch in sich, bitte. – [Zuruf von Danny Freymark (CDU)] –

Jian Omar (GRÜNE): Sie haben aber diesen Punkt aufgemacht, deswegen muss ich mich mit Ihnen beschäftigen. – [Zuruf von Danny Freymark (CDU)] – Nein, Sie müssen nicht laut werden.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herr Freymark! Ich bitte Sie, unseren Kollegen nicht zu belehren. Jeder weiß, wie er zu reden hat. – [Jian Omar (GRÜNE): Einfach unglaublich!] – Ich würde Sie bitten, sich zurückzuhalten, Herr Freymark! Ein letztes Mal, bitte!

Jian Omar (GRÜNE): Haben Sie im Ankunftszentrum Reinickendorf auch Geflüchtete aus Afghanistan getroffen, die seit Monaten dort sitzen und total frustriert sind, dass sie keine Wohnung in Berlin finden? Dieser Situation wollen wir die Geflüchteten aus der Ukraine nicht aussetzen. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass diese Geflüchteten überall in Deutschland eine ordentliche Bleibe bekommen, und deswegen weise ich die CDU, die 2015 diese Verwaltung innehatte, auf die miserablen Zustände vor dem LAGeSo hin. Damals war ich ehrenamtlich unterwegs und habe die Situation gesehen. Ihr Kollege Mario Czaja hat dafür gesorgt, dass dort miserable Zustände herrschen. Da hätte ich mir von Ihnen auch solche Vorschläge gewünscht, wie man die Situation verbessern kann. Deswegen, lassen Sie den Senat den Job machen, was bislang sehr gut gelaufen ist. Alles läuft nicht rund, das ist klar. Das ist eine dynamische Lage. Die ersten drei Wochen hat der Bund nichts geleistet. Deswegen hat die Senatsverwaltung sehr viele Objekte, Hostels und Hotels, angemietet, um diese Menschen ordentlich und mit Qualitätsstandards unterzubringen. Jetzt geht es darum, dass wir diese Verteilung vollziehen, und das werden wir tun und schauen, dass diejenigen, die hier vernetzt sind oder Verwandte und Familie hier haben, hier bleiben können.

Meine Frage an Sie, Frau Bienert: Es kommen zunehmend Berichte, dass auch Aktivistinnen und Aktivisten aus der Ukraine und Engagierte Bedrohungen ausgesetzt sind. Inwieweit können Sie das bestätigen oder ausführen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Frau Wolff! Sie haben das Wort.

Dunja Wolff (SPD): Ich möchte mich erst mal entschuldigen, Frau Bienert, denn das ist kein schönes Verhalten, das Sie hier gerade mitbekommen, und das ist nicht angemessen. Ich finde es bedauerlich, muss ich wirklich sagen. Das ist ein Ausschuss, in dem wir uns mit Engagement befassen. Wir haben Sie dafür eingeladen. Sie haben uns auch andere Dinge gesagt, die ein ganz wichtiger Bestandteil davon sind. Frau Breitenbach hat das dankenswerterweise alles so weit erläutert und erklärt. Vielen Dank dafür! Das möchte ich gar nicht wiederholen. Aber diesen Umgang hier gerade finde ich sehr bedauerlich. Der ist des Themas nicht würdig.

Frau Bienert! Mich würde interessieren, wie Sie beim Engagement zum Beispiel die Organisationen wahrnehmen, die sich hier auf den Weg gemacht haben. Kriegen Sie Resonanzen? Wie gut wird zusammengearbeitet? Das ist natürlich in der Anfangsphase für alle eine große Herausforderung gewesen. Ich möchte sagen, dass diese Herausforderung alle gern ange-

nommen haben, und wir wollen natürlich, dass es so bleibt. Deshalb ist es ganz wichtig, das Miteinander hier zu beschreiben. Wie ich Ihnen vorhin Auge zu Auge sagen konnte: Ich war sehr viel unterwegs, wie einige von uns, und habe mir vor Ort ganz viel angeschaut. Ich habe übrigens auch die Situation mit einer Romafamilie mitbekommen und wie wir das trotzdem vor Ort lösen konnten. Es ist sehr gut, wenn man als Abgeordneter selbst mal vor Ort ist und sich aus nächster Nähe mit den Betroffenen wie auch mit denjenigen, die es dort vorn in erster Linie alles gewuppt haben, denn das waren die ehrenamtlich Engagierten, zwar manche über Organisationen, aber sehr viele No-Name-Volunteers, nenne ich sie nach wie vor, die sich einfach auf den Weg gemacht haben und, wie ich hörte, sich sogar über eine Telegram-Gruppe organisierten, was in der heutigen Zeit immerhin ganz anders machbar ist, aber es werden auch Dinge anders wahrgenommen. Wie Sie vorhin gesagt haben: Man soll die Dinge auf den Punkt bringen und sie klar benennen. Insofern ist die zukünftige Arbeit und das Miteinander von beiden Seiten ganz entscheidend, denn, wenn Sie sagen, dass viele Menschen gern bleiben möchten, dann ist das sehr ehrenhaft für uns. Das heißt, dass sie sich hier wohlfühlen und mit uns sein wollen, und wir selbstverständlich auch, und zwar, wie ich vorhin schon gesagt hatte, auch mit Geflüchteten, egal, woher sie kommen. Wir wollen selbstverständlich gern, und ich spreche da bestimmt nicht nur für mich, sondern für uns, alle Menschen immer gut versorgt wissen. Das ist unsere große Aufgabe hier. In diesem Ausschuss ist es wichtig, dass wir auch auf die Ehrenamtlichen aufpassen und versuchen, ihnen den Rücken freizuhalten. Insofern wäre meine Frage: Was ist für Sie gut gelaufen? –, um auch mal zu hören: Was ist positiv? Was ist gut gelaufen, und was ist in der Beziehung für Sie weiterhin wichtig, auch was die Organisationen der Ehrenamtlichen angeht, die wir bisher vor Ort bereithatten? – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Mit Blick auf die Uhr: Herr Förster! Sie haben die letzte Wortmeldung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ansonsten würde ich in die Schlussrunde gehen. Frau Breitenbach meldet sich noch. Dann sind Sie die Letzte mit einer Frage. – Herr Förster! Sie haben aber erst mal das Wort.

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Bienert, für Ihren wirklich engagierten Vortrag und dass Sie am Anfang deutlich gemacht haben, dass es sich lohnt, die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen, damit man hier wählen kann. Das ist eine Einstellung, die vorbildlich ist und die man immer wieder nur als Beispiel anbringen kann, dass es sich lohnt, sich dort zu engagieren, wo man lebt und sich dort entsprechend einzubringen. Vielen Dank, wie gesagt, für das, was Sie hier engagiert vorgetragen haben! Ich weiß, das ist für Sie auch emotional nicht einfach, weil Sie emotional durch die Komponente des Krieges noch anders betroffen sind, als wir es sind, die zwar auch erschüttert sind, aber nicht so emotional persönlich drinhängen, wenn es um die eigene Heimat geht. Das muss man ganz klar sagen.

Ich will keine Diskussion über die Frage von Zuständigkeiten anfangen, sondern nur sagen: Ich glaube, wir sind generell in einem Dilemma, wo letzten Endes sowohl Frau Breitenbach als auch Herr Freymark recht haben. Das LAF handelt nach den rechtsstaatlichen Prinzipien. Die sagen, Königsteiner Schlüssel usw., und arbeiten schematisch ihre Sachen ab, aber rechtskonform. Dagegen kann man erst mal formal nicht sagen. Andererseits sind dort gewachsene Strukturen da, die nicht auseinandergerissen werden wollen. Dann sagt man wieder, wir haben das Hotel wiederum freizuhalten für Leute, die nachrücken. Es ist wirklich eine

schwierige Situation. Aus subjektiver Sicht haben alle Beteiligten recht, wenn man nur diesen einen Blickwinkel einnimmt, aber man muss es irgendwie zusammenführen.

Frau Bienert! Ich frage mal, weil Sie die meiste Erfahrung haben: Das, was Frau Breitenbach zu Recht sagte: Wenn es gelänge, die Leute auf andere Städte zu verteilen, die möglicherweise sogar bessere Perspektiven bieten, was die Unterbringung und Arbeitsplätze anbetrifft –
– Wir lesen gerade, dass zum Beispiel in Süddeutschland vor allen Dingen in der Gastronomie händeringend Personal gesucht wird, und zwar nicht nur zum Servieren, sondern auch in der Küche, Konditoren usw. Wenn Leute wissen, sie würden dort einen passenden Arbeitsplatz finden und eine ordentliche Unterkunft, sind sie eher bereit, dorthin zu gehen. Das wäre eine Frage von Ehrenamt. Gibt es irgendwelche Netzwerke oder einen Austausch zwischen Leuten, die schon in anderen, in kleineren Städten sind und kommunizieren können: Hier ist es auch sehr ordentlich zu leben. Hier gibt es auch Arbeitsplätze. Hier kann man hinkommen, wenn man das sucht? Gibt es diesen Austausch? Ich glaube, wenn wir das anregen, können wir noch so gute Argumente haben. Leute, die aus der Ukraine selbst kommen und mittlerweile in anderen Städten leben, können es authentischer und glaubwürdiger transportieren.

Ich will die Frage anschließen: Ich bin auch der Meinung, wie es Frau Breitenbach geäußert hat, dass die Leute, die kommen, längerfristig hierbleiben werden. Selbst wenn der Wiederaufbau morgen beginnen würde, was er nicht tut, würde es viele Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte dauern, bis Städte wie Mariupol mit 80 Prozent Zerstörung wiederhergestellt sind, dass man dort halbwegs vernünftig leben kann. Wenn die Leute, auch die Kinder und Jugendlichen, aber hier bleiben, ist diese Diskussion, die gerade geführt wird: Wie sollen sie eigentlich beschult werden? – Ich weiß nicht, ob es für die Integration hilfreich ist, was einige aus der ukrainischen politischen Community fordern, dass sie weiterhin möglichst digital in ukrainischer Sprache beschult werden, quasi in einer Parallelwelt zu den deutschen Schülern leben, und ob die Willkommensklassen, Integrationsklassen, die 2014, 2015, auch 2016 hier angeschoben wurden, nicht der zielführendere Weg wäre, wenn wir davon ausgehen, dass sie länger hier bleiben. Man kann natürlich immer das Prinzip Hoffnung haben und sagen, die sollen drei, vier Monate hier auf Ukrainisch beschult werden und gehen zurück, aber wenn wir der Meinung sind, sie bleiben länger hier, dann gebe es bei Willkommensklassen Unterstützung, Hausaufgabenhilfe, bürgerschaftliches Engagement, Initiativen. Das gibt es alles, aber das kann natürlich nicht wirksam werden, wenn der Unterricht per Ferne digital auf Ukrainisch erfolgen soll. Das ist wahrscheinlich nicht sinnvoll für Kontakte mit gleichaltrigen Mitschülern. Gibt es dazu eine Einschätzung, eine Positionierung der Ehrenamtlichen, was gerade beim Thema Beschulung sinnvoll ist? Gemeinsamer Unterricht, gemeinsame Kita ist doch ein Schlüssel für Integration und für Ankommen in einer Gesellschaft, in der man dauerhaft oder jedenfalls für eine längere Zeit leben will oder muss.

Die letzte Frage, die ich gern noch stellen würde: Was wären jenseits der Tatsache, dass viele Dinge schwierig sind – Sie haben die Raumfrage angesprochen, dass Sie gern so ein Zentrum hätten – Ihre zwei, drei Wünsche oder Forderungen an die Landespolitik hier in Berlin, wo das Abgeordnetenhaus oder andere Ihnen helfen könnten, wenn das umgesetzt werden würde, Ihr Engagement und Ihre Maßnahmen besser zu koordinieren oder zu unterstützen, zu finanzieren? Ich weiß es nicht. Was sind Ihre konkreten Wünsche an den Ausschuss bzw. an die Landespolitik? – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Herr Förster! – Frau Breitenbach!

Elke Breitenbach (LINKE): Ich hatte noch einen Punkt vergessen. Auf den Campus für Demokratie in Lichtenberg gucken ganz viele schon seit vielen Jahren, und es wird versucht, dort ein Konzept zu entwickeln. Man könnte dort wirklich tolle Sachen machen. Man könnte der Allianz der ukrainischen Organisationen, aber auch anderen möglicherweise dort Räume zur Verfügung stellen. Was ist das Problem? – Da hat der Bund die Hände drauf, und der Bund kommt einfach nicht aus dem Knick, um hier etwas Entsprechendes zu entwickeln. – Zum einen.

Zum anderen gibt es vorn zur Frankfurter Allee dieses Hochhaus. Darin war früher mal eine Flüchtlingsunterkunft. Das gehört einem Investor. Der würde dieses Ding auch verkaufen, aber der hat Preisvorstellungen, wenn er es jetzt noch verkauft. Das ist alles ein bisschen undurchsichtig. Da wird es keine schnelle Lösung geben. Ich wollte das hier sagen, denn bei solchen Örtlichkeiten, die man so in den Raum wirft, bleibt immer etwas hängen. Keine Chance, da irgendwie reinzukommen und einen Zugriff zu kriegen. Vielleicht würden die vorübergehend etwas bereitstellen, aber so schnell geht das einfach nicht, und so einfach ist das auch nicht.

Weil Sie „rechtskonform“ angesprochen haben: Das ist bei der Schule relativ einfach. Wir haben eine Schulpflicht, und diese Schulpflicht darf und kann nicht ausgesetzt werden. Natürlich gibt es bei allen Menschen, die alles aufgeben – es ist nicht dem Wunsch geschuldet, nach Berlin zu kommen, sondern es ist der nackten Gewalt geschuldet, nach Berlin zu kommen –, diese Hoffnung, wieder zurückzugehen, aber wir wissen auch, dass es nach vielen Jahren, wenn die Kinder hier zur Schule gegangen sind – und für die Kinder ist immer der Einstieg am leichtesten –, schwerer ist, wegzugehen. Deshalb stellt sich, glaube ich, gar nicht die Frage, was gut und was schlecht ist, sondern es gibt diese Schulpflicht, und ich finde es gut, dass alle Kinder hier in die Schule gehen. Ich würde mir wünschen, dass sie alle in die normalen Klassen gehen und nicht in Willkommensklassen, aber gut, da habe ich, glaube ich, eine Minderheitenposition. Wenn Kinder muttersprachlich beschult werden, ob per Video oder wie auch immer, dann kann man das machen, und ich finde es wichtig und verständlich, dass das gemacht wird, denn es gehört natürlich zu diesem Leben dazu.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Breitenbach! – Frau Bienert! Sie haben das Wort.

Oleksandra Bienert (Allianz Ukrainischer Organisationen): Vielen Dank für so viele Fragen! Ich sehe, wir haben die Zeit schon total überstrapaziert. Ich versuche deshalb, gebündelt zu antworten.

Zur Verteilung: Erst mal klare Worte: Keiner will nach Tegel. Ich war letztes Wochenende im Zelt am Hauptbahnhof und habe dort übersetzt. Ich kann Ihnen direkt sagen: Keiner, der kommt, will nach Tegel. Warum nicht? – In Tegel ist es kalt, in der Messe übrigens auch. Nach einer halben Stunde ist es kalt. In Tegel ist darüber hinaus – Entschuldigung! Ich habe so viele Fragen mitgeschrieben. Ich weiß nicht mehr, von wem, aber das ist eine sehr wichtige Frage. Jemand hat nach der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gefragt. Die Zivilgesellschaft wie „Berlin hilft“ und andere Organisationen haben keinen Zugang zu Tegel. Das ist eine Blackbox. So wird das aus der zivilgesellschaftlichen Sicht gesehen. Wenn ich mich anmelden wollte und dort volontieren möchte, kann ich nicht einfach so dorthin gehen. Die sind nicht bei Volunteer Planner vertreten. Dort sind das DRK und andere größere Organisa-

tionen, aber für die Zivilgesellschaft ist Tegel eine Blackbox. Es findet dort übrigens auch keine Identifikation von besonders schutzbedürftigen Menschen mit spezifischen Bedürfnissen statt. – Das zum einen. Erst mal haben wir schon ein Problem bei denen, die gerade ankommen, dass sie gar nicht nach Tegel fahren wollen. Manche fahren dorthin, weil sie gar keine andere Wahl haben.

Dann die Frage zur Umverteilung: Ich denke, eine bessere Kommunikation kann gelingen, woran die Stadt Anteil haben könnte. Die Seite „berlin.de/Ukraine“ ist fantastisch und wunderbar. Ich muss Ihnen aber direkt sagen, dass wir alle aus der Seite „berlin-hilft.com“ unsere Quellen bzw. neuesten Infos schöpfen und aus der Broschüre, die meine Kollegin Yulia Baldi von der Allianz Ukrainischer Organisationen macht. Die Infos sind oft nicht so aktuell, und das betrifft auch die Kommunikation mit den Sozialämtern. Das kann ich hier nur aus der Allianz weitergeben.

Dann zur Kommunikation mit der Zivilgesellschaft: Ich weiß, dass in den ersten zwei Wochen am Hauptbahnhof und am ZOB Berlin Arrivals ganz stark vertreten waren. Danach, so sieht es aus der zivilgesellschaftlichen Sicht aus, waren sie verdrängt. Sie können mich gern korrigieren, aber sie wurden gebeten zu gehen, manchmal höflich, manchmal weniger höflich, von verschiedenen Sicherheitsorganisationen, manchmal von der BVG. Ich kann Ihnen aber sagen, wenn dann die Frage kommt: Wir haben keinen Zugang zu Geflüchteten – – Diesen Zugang hatten Berlin Arrivals und haben NGOs. Wenn es aber abrupt endet und man sagt: So, Leute, jetzt werdet hier aber nicht mehr gebraucht. Vielen Dank für euer Engagement. Tschüss! –, dann können wir natürlich nicht mehr in Kontakt mit diesen Menschen, mit den ganzen geflüchteten Familien, die nun privat untergekommen sind, bleiben. Das muss geändert werden. Ich weiß, dass Berlin Arrivals ebenfalls in dem zivilgesellschaftlichen Rat bei Frau Giffey, bei der Bürgermeisterin, vertreten ist. Das ist gut. Was generell aus der zivilgesellschaftlichen Sicht fehlt, ist ein erweitertes Gespräch mit der Senatskanzlei. Mit der Senatsverwaltung sind sie im Gespräch, aber mit der Senatskanzlei fehlt noch ein Gespräch. – Das zur Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Frau Breitenbach! Sie haben mich direkt nach dem Zentrum gefragt. Danke für diese Frage! Es ist eine sehr gute Frage. Unser Bedürfnis ist, ein langfristiges Communityzentrum zu haben. Unser Problem als Ukrainer ist: Uns wird das Recht auf Existenz abgesprochen. – Ich weiß nicht, ob Sie das gelesen haben, aber RIA Novosti hat jetzt einen längeren Kommentar von einem Politiker, von einem russischen Journalisten veröffentlicht, der sagt einfach: Ja, was wir jetzt mit der Ukraine tun sollen –, und er zählt alles auf, was sie gerade in Butscha gemacht haben. Das ist wiederum für uns leider ein Beweis, dass das kein Putins Krieg ist, und das möchte ich hier auch ganz deutlich sagen. Deswegen brauchen wir ein Communityzentrum. Es ist schön, dass wir bis Mitte Mai Räume im Zalando haben. Es ist ein bisschen kurzfristig. Wir können dort unsere Kultur nicht zeigen. Wir können nicht zeigen, welche Anlaufstellen es gerade gibt. Wir können eigentlich kaum was machen bis Mitte Mai. Natürlich ist es machbar, aber es ist zu wenig. Wir bräuchten einen Hub – ein Ukrainian Civil Society Centre in Berlin –, wo sowohl zivilgesellschaftliche Aktivitäten als auch Aktivitäten zur politischen Teilhabe in Berlin stattfinden. Es sind gerade ganz viele Künstler aus Mariupol, Kiew und anderen Städten hier. Es kann eine umfassende Aktivität stattfinden, was im Zalando leider aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich sein kann. Unsere weiteren Forderungen wären: Es ist tatsächlich eine große Ehre für mich, hier zu sein. Bitte, sprechen Sie weiterhin mit uns und nicht über uns. Bitte, lassen Sie uns auch reden. Es ist so, dass ganz

viele – jetzt komme schon zur finanziellen Seite, ich weiß, es ist unmöglich, aber trotzdem wäre es gut, wenn Sie das hören – jetzt an der Schwelle zum Burnout sind. Es haben ganz viele ihre Jobs gekündigt, um sich um Geflüchtete zu kümmern. Wir bräuchten ganz klare finanzielle Unterstützung für die Menschen in der Allianz, die sich ehrenamtlich um Geflüchtete kümmern.

Was habe ich noch vergessen? – Schule, das ist eine wichtige Frage. Herr Förster hat sie gestellt. Natürlich sollten ukrainische Schüler hier in die Schule gehen. Ich als Zivilgesellschaft bin nicht immer der gleichen Meinung wie der ukrainische Staat, und hier unterscheiden sich in der Tat meine Meinung und unsere Meinung als Allianz von der Meinung von Frau Tybinka, die ich persönlich kenne und sehr schätze. Es ist gut und nötig, dass sie in die Willkommensklassen kommen oder nicht in die Willkommensklassen, einfach in die Klassen. Sie müssen hier in die Schulen kommen können. Klar wäre es das Beste, wenn ein integriertes, ein Mischangebot stattfände, sowohl aus der Teilnahme an dem Schulunterricht, was bei uns hier in Deutschland Pflicht ist, wie Frau Breitenbach ganz richtig gesagt hat, als auch eine Möglichkeit für die, die das wollen, weiterhin online eine Schule in der Ukraine zu besuchen. Aber ganz ehrlich: Ich weiß nicht, wann diese Menschen zurückgehen können, und zwei Drittel dieser Menschen werden nicht zurückgehen. Sie werden es nicht können, weil manche Städte zu 80 Prozent, 90 Prozent vernichtet sind. – Das vielleicht zu Ihren Fragen. Wenn ich etwas Wichtiges vergessen habe, sagen Sie es mir bitte.

Vorsitzende Derya Çağlar: Frau Wolff!

Dunja Wolff (SPD): Frau Bienert! Nehmen Sie mir es bitte nicht übel. Ich kann verstehen, dass Ihnen ganz viele Dinge auf der Leber liegen. Trotzdem, haben Sie irgendetwas, was ich mitnehmen kann, was für Sie positiv war?

Oleksandra Bienert (Allianz Ukrainischer Organisationen): Ja, klar! Das Größte, das sehr positiv war, und das möchte ich hier gern teilen: Ich sehe unsere Stadt wie ein großes warmes Herz, das schlägt und was positiv ist, was empathisch ist für die Menschen, die wegen des Krieges in der Ukraine hierherkommen. Dieses Bild, das ich in meinem Kopf habe, wenn ich durch die Straßen gehe, wenn ich im Stadtteilzentrum bin und sehe, wie viele Menschen sich dort engagieren, möchte ich hier gern weitergeben. Das Land Berlin ist auch unglaublich engagiert. Mich freut es sehr, dass zum Beispiel die Frage der Anerkennung von Arbeitszeugnissen sehr klar gestellt wird und dass auch die Frage diskutiert wird, wie man Lehrerinnen und Lehrer aus der Ukraine direkt in die Arbeit bringen kann, denn es sind tatsächlich sehr viele. Da wäre es gut, einfach dranzubleiben und es nicht nur für Lehrer und Lehrerinnen zu machen, sondern zum Beispiel für Ärzte oder andere, denn wir haben hier Menschen, die Hochschulabschlüsse haben und die sehr willig sind zu arbeiten und für diese Gesellschaft einen Beitrag zu leisten. – Danke!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Ich sehe, die Senatskanzlei, aber auch die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales möchten ergänzen.

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKzl): Sehr gern! Bei diesem Engagement des Landes Berlin möchte ich anknüpfen, weil hier, glaube ich, ein paar Dinge durcheinandergebracht werden in dem Ausmaße, dass wir uns vergegenwärtigen müssen, worüber wir jetzt hier reden. Ja, es ist richtig: Sehr viele Menschen werden vermutlich hierbleiben, Frauen, Kinder, in

der Hoffnung, dass auch ihre Männer zu uns kommen werden. Natürlich haben wir eine Auswirkung, wo wir in etwa über 50 000 neue Wohnungen perspektivisch sprechen werden müssen. 50 000 Wohnungen, das ist in anderen Maßstäben möglicherweise für andere eine Großstadt. Das sind die Dimensionen, über die wir reden. Das, was das Land Berlin hier seit über fünf Wochen macht, das eine nationale Verantwortung für eine nationale Aufgabe übernommen hat mit einem Ankunftszenrum Tegel, wo bis zu 10 000 Menschen am Tag registriert werden können – – Warum sollen sie denn registriert werden? – Damit sie zu ihrem Recht kommen, damit Menschen, die darauf angewiesen sind, die sich nicht allein eine Wohnung verschaffen können, in den Arbeitsmarkt kommen können und nicht die Möglichkeit haben, hier allein, selbstständig zu leben, sondern auf Hilfe des Staates angewiesen sind – – Dann ist die Registrierung unmittelbar notwendig, und wir müssen schauen, wo wir die besten Bedingungen ermöglichen können, denn alle Menschen, die herkommen, sind vulnerabel. Deshalb hat der Senat in seiner letzten Sitzung ganz klar definiert: Wie machen wir objektive Kriterien, wo wir schauen können, dass wir eine Transparenz und Fairness für alle haben?

Herr Freymark! Da bitte ich Sie um einen fairen Ton miteinander. Die ehrenamtlichen Strukturen, die eingegriffen haben, die sehr wichtig sind, gehen Hand in Hand mit den Bemühungen in einem subsidiären Staat, wo auch Hilfsorganisationen wie das DRK, die Berliner Stadtmission, die Malteser Hand in Hand hier arbeiten. Das sind wichtige Momente, wichtige Arbeit zur Integration in der ersten Ankunftsphase, aber ja, wir sprechen über eine längerfristige Perspektive, und da kommt es darauf an – – Da empfehle ich, auf der Seite der Senatskanzlei die Pressemitteilungen des Senats von gestern heranzuziehen. Die Kriterien sind folgende: Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine bekommen eine Zuweisung nach Berlin, sofern ihre Eltern oder Kinder, deren Lebenspartner/-in, deren Geschwister, deren Großeltern oder Enkelkinder bereits in Berlin leben, unabhängig davon, ob diese Familienangehörigen ihnen ein Obdach, eine Unterkunft gewähren können.

Zweites Kriterium: Geflüchtete, die nachweislich über einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Studienplatz in Berlin verfügen, Schwangere und Wöchnerinnen während des Mutterschutzes, wenn sie das wünschen, darüber hinaus weitere Überquotierungen im Rahmen der vulnerablen Gruppen der LGBTIQ. – Das ist der eine Punkt.

Warum brauchen wir eine Transparenz? – Weil es nicht in Berlin gelingen kann, gute Angebote für Menschen mit Pflegebedarf langfristig zu ermöglichen. Wir sind darauf angewiesen, dass andere Länder solidarisch sind. Wir reden nicht darüber, dass diese Menschen irgendwo ausgestoßen werden, sondern darüber, dass sie eine gute Perspektive haben, eine Integrationsperspektive vor Ort.

Frau Bienert! Sie haben davon gesprochen, dass es keinen Kontakt mit der Senatskanzlei geben würde, aber da muss ich sagen: Es tut mir leid. Ich weiß nicht, was in den letzten Wochen passiert ist. Wir haben mittwochs eine Schalte der Senatskanzlei mit meinen Kollegen Wenke Christoph, Alexander Fischer und mir abwechselnd mit den Ehrenamtlichen, die sich am ZOB engagieren, am Bahnhof Südkreuz, aber auch am Hauptbahnhof. Wenn Sie sagen, dass auch Alliance-Aufnahmeteams Mitglied des zivilgesellschaftlichen Beirats sind, wo wir uns öfter treffen als einmal mit der Regierenden Bürgermeisterin im Monat, was auch schon ordentlich ist, wie kann man dann sagen: Wir sind mit der Senatskanzlei nicht in Kontakt? – Wir telefonieren doch regelmäßig auch wegen des Personenschutzes beim Pilecki-Institut auch für Ihre Organisation. Wir haben auch bei der Raumfrage unterstützt. Ich würde schon sehr darum

bitten, eine gewisse Fairness zu bewahren und das in Erinnerung zu haben, wenn wir darüber sprechen. Den Wunsch nach mehr kann ich verstehen, aber ich bitte bei aller Emotionalität, auch das im Hinterkopf zu haben. Mit meinem Fachreferat hatten Sie Begehungstermine an den Standorten mit Zalando. Ja, es ist eine Zwischenlösung, die wir anbieten. Weitere Standorte wurden abgelehnt. Darüber können wir immer gerne reden, aber wir können auch darüber reden, dass bereits über 2 000 Kinder in Schulen aufgenommen worden sind. Wir können darüber reden, dass unkompliziert Kitagutscheine in der Stadt möglich gemacht werden. Bei all diesen unbürokratischen Maßnahmen, die das Land Berlin gerade macht, ist es wichtig, uns bei aller Emotionalität zu vergegenwärtigen, dass das wirklich eine enorme, massive Aufgabe ist, eine Aufgabe, wo wir alle miteinander unsere Fairness bewahren sollten und gemeinsam Lösungen entwickeln sollten.

Zu dem Zugang zu Tegel: Das ist ein Punkt, wo wir zugesagt haben, gerade in der letzten Besprechung mittwochs mit Herrn Alexander Fischer und mir, wo wir auch noch einen Vor-Ort-Termin mit dem DRK haben werden, der im Auftrag des Landes Berlin als Hilfsorganisation dieses Ankunftszenrum und diese temporäre Unterbringung der vulnerablen Gruppen koordiniert und mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Alliance for Ukraine, Vertretern von GoVolunteer, Freiwillige Helfen und Plattformen, an einen Tisch bringt, damit wir das nicht zu einem Closed Shop weiter gewähren lassen.

Verzeihen Sie mir meine eigene Emotionalität, weil ich genauso leidenschaftlich an Ihrer Seite kämpfe und das Ganze mit in der Stadt habe, aber ich hoffe, dass Sie sehen konnten, dass wir doch eine ganze Menge tun, wir das ernst meinen und nicht nur pauschal als Symbolpolitik machen.

Vorsitzende Derya Çağlar: Herzlichen Dank, Frau Trăsnea! – Frau Bienert! Sie haben noch etwas hinzuzufügen. Ich habe eine Meldung gesehen.

Oleksandra Bienert (Allianz Ukrainischer Organisationen): Nur ganz kurz: In der Tat habe ich die Frage von Herrn Omar vergessen, und das ist eine sehr wichtige Frage. Wir haben in der Tat Bedrohungen von ukrainischen Aktivistinnen und Aktivisten – nur dass Sie es einmal gehört haben. Es ist schwierig. Wir haben zum einen eine Querdenkerszene in der Stadt, die jahrelang von Russland finanziert wurde, aus der auch Angriffe kommen. – Das zum einen. Zum anderen ist es jetzt einfach eine angespannte Lage in der Stadt, auf die ich aufmerksam machen möchte. Wir haben bald den 8. und den 9. Mai. Ich als Enkelin eines Rotarmisten habe Angst vor dem 9. Mai, muss ich gestehen. Das ist jetzt kein guter Schlusssatz für uns alle, aber ich glaube, am 9. Mai wird es für uns Ukrainer gefährlich sein, sich auf den Straßen Berlins mit der ukrainischen Fahne aufzuhalten – ich möchte es nur einmal hier sagen –, obwohl es 6 bis 7 Millionen ukrainische Rotarmisten gab, die im Zweiten Weltkrieg für die Sowjetunion gekämpft haben. Da wäre es gut, wenn die Stadt Berlin und das Land Berlin es schaffen würde, diesen Tag mit besonderem Bedacht und besonderer Aufmerksamkeit für die ukrainischen Rotarmisten zu begehen und es nicht dazu kommen lässt, dass es wieder etwas gibt wie jetzt diesen Corso mit 400 Autos mit russischen Fahnen.

Frau Trăsnea! Noch ein ganz kurzer Kommentar zu Ihnen. Wir sind mit Ihnen in der Tat in Kontakt. Ich komme ja hierher, wie hier schon mehrmals gesagt wurde, zum Thema Engagement und Koordination in der Arbeit mit Geflüchteten aus der Ukraine. Ich bringe jetzt einen starken Appell aus der deutschen Zivilgesellschaft mit wie „Berlin hilft“, „Schöneberg hilft“ und „Moabit hilft“, also diesen NGOs, die sich seit 2015 gegründet haben. Ich weiß, dass sie in Gesprächen sind, dass sie mehr in Kontakt mit der Senatskanzlei sein möchten. Das ist jetzt der Appell, den ich mitbringe. Das war es. – Vielen Dank!

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank, Frau Bienert! – Frau Trăsnea hat noch eine Ergänzung.

Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKZl): Frau Bienert! Das muss ich wieder einordnen. Genau diese Personen haben auch meine Telefonnummer, genau diese Personen sind auch in Kontakt mit meiner persönlichen Referentin im Rahmen dieser Videoschaltkonferenzen und darüber hinaus, und wir arbeiten an Lösungen. Das möchte ich jetzt noch mal einordnen, auch bezüglich Ihres Punktes der Gefährdung, den Sie genannt haben. Wir arbeiten auch bei uns im Bereich des Gedenkens, des Staatsprotokolls schon daran, wie wir mit dem 8. und 9. Mai umgehen, sowohl mit der russischsprachigen Community als auch mit Ihrer im nächsten Schritt, damit wir schauen, wie wir das proaktiv sensibel gestalten, auch mit Blick auf die Gefährdung. Das haben wir auch wahrgenommen, das war ja auch ein direkter Kontakt zu mir, auch über Mascha (phonet.), wo wir unmittelbar mit dem Staatssekretär für Inneres, Herrn Akmann, Kontakt hergestellt haben. Soweit ich weiß, gab es auch eine polizeiliche Vor-Ort-Begehung für eine polizeiliche Gefährdungseinschätzung und einen Kontakt, wo auch unterstützt wurde und Maßnahmen ergriffen worden sind mit dem Einverständnis der Betroffenen. An dieser Stelle kann ich Ihnen nur sagen, dass uns das auch wichtig ist, dass wir das wahrnehmen und Sie auch bestmöglich unterstützen, damit Sie sicher sind.

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank! – Vielleicht ein positives Beispiel am Ende: Ich habe mich gestern sehr gefreut. Eine Familie, die Anfang März hierhergekommen ist, hat in Lichtenberg schon eine möblierte Wohnung gemietet. Das Geld ist letzte Woche geflossen, also beantragt worden ist die Miete natürlich mit entsprechender Beratung und Begleitung. Also es gibt auch Situationen, wo wir uns immer mehr freuen werden in der Stadt, dass es für

viele funktioniert. In diesem Sinne herzlichen Dank, Frau Bienert, dass Sie da waren, auch an alle anderen Unterstützungen und ehrenamtlichen Strukturen in der Stadt und an die Menschen, die uns und den Menschen, die ankommen, vor Ort behilflich sind! – Die Beratung des Besprechungspunktes ist dann hier erst mal zu Ende, bis das Wortprotokoll vorliegt und wir es in einer der nächsten Sitzungen beraten werden wie bei der ersten Anhörung auch. In diesem Sinne herzlichen Dank, Frau Bienert! Schön, dass Sie da waren! Wir sehen uns bestimmt noch mal.

Oleksandra Bienert (Allianz Ukrainischer Organisationen): [Ukrainisch] – Vielen, vielen Dank! Alles Gute! Danke! – [Beifall] –

Vorsitzende Derya Çağlar: Vielen Dank!

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.